

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 25
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
23. Juni 1928

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In bezug auf sämtliche Postanstalten Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, im Adolfsplatz Post 2.
Telefon: Am Jannowitz 62 46.

Geldanzeigen kosten die leuchtgelbste Millimeterzeile oder deren Raum 1,20 Mark. / Werbermittlungen 50 Pfennig. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Monopolkritik und Monopolkontrolle.

Von Fritz Naphthal.

Es ist immer ein wertvolles Zeichen für die Kraft und Wichtigkeit von Erkenntnissen und Ideen, wenn sie allmählich aus dem Kreise, aus dem sie ursprünglich entstanden sind, übergreifen auf einen Kreis von Menschen, der ihnen ursprünglich fernstand oder sie sogar belämpfte. Man empfindet es deshalb im eigenen Lager als eine Genugtuung, im fremden Lager als eine Art Sensation, wenn ein Gelehrter, der aus der Schule des Liberalismus stammt, sich offen zu Ideen bekennt, die früher nur in sozialistischen Kreisen zu Hause waren. Diese Fälle waren im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gar nicht selten. Als damals eine größere Zahl von deutschen Professoren sozialpolitische Ideen, die den Sozialisten längst geläufig waren, sich zu eigen machten und propagierten, wurden sie als „Kathedersozialisten“ in der Öffentlichkeit angegriffen. Inzwischen sind gewisse Notwendigkeiten der Sozialpolitik so sehr zur allgemeinen Anerkennung gelangt, daß auf diesem Gebiet der öffentliche Streit nur noch um den Grad, aber nicht mehr um den Grundsatz geführt wird. Viel seltener als die Anerkennung sozialistischer Gedanken auf dem Gebiete der praktischen Sozialpolitik war aber bisher die Anerkennung sozialistischer Ideen auf dem Gebiete der Wirtschaftserkenntnis und der Wirtschaftspolitik durch Vertreter der Wissenschaft, die in den Grundanschauungen des ökonomischen Liberalismus groß geworden sind. Erst in jüngster Zeit mehrten sich die Fälle, in denen sich grundsätzliche Vertreter einer liberalen Theorie zu wirtschaftspolitischen Forderungen bekennen, die ihrer Natur nach sozialistischen Charakter tragen. Der bedeutendste Fall, in dem aus liberalen Kreisen ein Bekenntnis zu der sozialistischen Grundanschauung, daß die Führung der Wirtschaft auf die Dauer nicht Privatsache bleiben könne, sondern der gemeinwirtschaftlichen Organisationsbedürfnisse abgelegt wurde, war enthalten in dem Anfang dieses Jahres veröffentlichten Bericht einer englischen liberalen Untersuchungskommission, der unter dem Titel „Britanniens industrielle Zukunft“ veröffentlicht wurde und in bezug auf die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle moderner Großunternehmungen und ihrer Verbände, in bezug auf die planmäßige Lenkung neugebildeten Kapitals und in bezug auf die Forderung nach öffentlicher Durchleuchtung der Wirtschaftsvorgänge zu Forderungen gelangte, die weit abliegen von der alten liberalen Theorie und in der sozialistischen Auffassung von den Aufgaben des demokratischen Staates in der Wirtschaft und von der Demokratisierung der Wirtschaft selbst wurzeln. Ein Ereignis ähnlicher Art in Deutschland war die Rede, die der Kölner Professor der Betriebswissenschaft, Dr. E. Schmalenbach, am 1. Juni auf einer Tagung der Betriebswissenschaftler in Wien hielt.

Die Rede Schmalenbachs, deren Ausgangspunkt die Entwicklung innerhalb des Kapitalismus von der freien zur gebundenen Wirtschaft war, zeichnete sich besonders dadurch aus, daß Schmalenbach nicht nur in bezug auf die Entwicklungsrichtung der modernen kapitalistischen Wirtschaft sozialistische Erkenntnisse übernahm und daraus auch gewisse Forderungen ableitete, die bisher im wesentlichen von sozialistischer Seite vertreten wurden, sondern daß er sich auch offen dazu bekannte, daß das, was wir heute in der Zusammenballung und Organisation der Industriewirtschaft erleben, nichts anderes sei als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx.

„Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie, gemäß der ungewollten Zusagen Bolletrieder des Märkischen Testaments seien, so würden sie, ich nehme es an, mit allem Nachdruck dagegen protestieren. Nein, man kann wirklich nicht sagen, daß unsere Wirtschaftsführer uns mit bewußter Absicht in

die neue gebundene Wirtschaft hineintreiben. Sie sind Werkzeuge, nichts als Werkzeuge. Und wenn wir nach den inneren Gründen des Systemwechsels fragen, den wir erleben, so müssen wir diese Gründe nicht in den Menschen, sondern in den Dingen suchen.“

Wenn wir anstatt „Dinge“ Produktionsverhältnisse sagen und uns des Satzes erinnern von dem Sein, das das Bewußtsein der Menschen bestimmt, so finden wir allerdings bei Schmalenbach eine gut marxistische Einstellung.

Mit einer gewissen Einseitigkeit, die in ihrem Ausgangspunkt der Betriebswissenschaft entsprechen mag, führt Schmalenbach die gesamte Wandlung des modernen Kapitalismus von der freien Konkurrenz zur organisierten Wirtschaft auf eine einzige Erscheinung zurück, nämlich auf den wachsenden Anteil der unveränderlichen Kosten im Produktionsprozeß gegenüber denjenigen Kosten, die proportional zur Produktionsmenge sich ändern. Das heißt: je größer in einer Industrie das Anlagekapital, die Gebäude, die Apparatur, die Maschinen sind, und je größer der Verwaltungs- und Betriebsapparat ist, der ebenso wie das Anlagekapital bei schwankender Produktionsmenge unverändert bleibt, je geringer auf der anderen Seite für die Gesamtproduktionskosten die der Produktionsmenge anpassungsfähigen Lohnkosten sind, desto größer wird der Zwang, freie Konkurrenz durch organisatorische Bindungen mit dem Ziele einer monopolistischen Beherrschung des Marktes zu erstreben. Marx hat diese Tendenz der veränderten Kapitalzusammensetzung in der Richtung der ständig wachsenden Bedeutung des Anlagekapitals in der modernen Industrie schon vor 75 Jahren entwickelt. Heute bestätigt der Betriebswissenschaftler Schmalenbach, daß alle Umstände darauf hindeuten, daß der Anteil der fixen Kosten sich nicht vermindern, sondern vergrößern wird, und er zieht daraus die Konsequenz, das es völlig hoffnungslos sei, auf eine Wiederkehr der freien Wirtschaft zu rechnen. Diese Konsequenz ist den Sozialisten längst geläufig, aber es ist wichtig, daß sie hier festgestellt worden ist von einem Manne, der sich selbst sagt, daß er

„die alte freie Wirtschaft geliebt und bewundert hat, geliebt und bewundert mit samt ihren Schwächen“.

Ausgehend von der klaren Erkenntnis der neuen gebundenen Wirtschaft, gelangt nun Schmalenbach, wiederum in voller Übereinstimmung mit der sozialistischen Auffassung, nicht etwa dazu, diese neue gebundene Wirtschaft der Monopolorganisation, wie sie heute ist, zu verherrlichen, sondern er sieht ihre Schwächen und ihre Mängel und die Notwendigkeit, sie umzubilden.

Schmalenbach hebt hervor, daß notwendigerweise in den großen modernen monopolistischen Wirtschaftskörpern der alte Geist frischen verantwortungsvollen Unternehmertums verschwindet und einer Verbeamtung Platz macht. Er sieht, daß bei der Bildung von Syndikaten und bei ihrer Führung die Anwendung wirtschaftlicher Grundsätze, die Unterscheidung zwischen besonders leistungsfähigen und weniger leistungsfähigen Werken, zu kurz kommt. Er kritisiert den Mangel der wirtschaftlichen Überlegung über die Aufnahmefähigkeit des Marktes bei der Vermehrung von Anlagen und bei der Erhöhung der Produktionskraft in den kartellierten Gewerben. Er nimmt als besonderes Beispiel die Preispolitik der Kohlen syndikate vor, durch die die Kohlenindustrien der Kohlenhändler ihre Kohlen zu Preisen in die nicht Kohle besitzenden Länder liefern, die unter den Selbstkosten liegen, während sie sich, dank ihrer Monopolstellung, durch höhere Preise im eigenen Lande nach Möglichkeit schadlos halten. Man verteidigt einen ver-

lustreichen Kampf um bestrittene Absatzgebiete mit dem Hinweis auf ihre Sicherung für die vielleicht kommende Zeit einer internationalen Preisvereinbarung.

„Es ist völlig unglaublich“, so sagt Schmalenbach, „daß, wenn sich die Hoffnung auf internationale Preisvereinbarung in der Kohlenwirtschaft einmal verwirklichen sollte, das für diese Hoffnung schon seit Jahrzehnten hineingesteckte und vielleicht noch viele Jahre hineinzustückende Kapital sich angemessen verzinsen wird.“

Die Mängel in der wirtschaftlichen Führung der Monopolorganisationen sieht Schmalenbach begründet darin, daß sich bei der Leistung das Gesamtinteresse gegenüber dem Einzelinteresse nicht genügend durchsetze.

„Die Direktoren und Generaldirektoren haben im Kleinen die Mentalität, die den deutschen Fürsten eignete, als es darum ging, das Deutsche Reich zu gründen. Der Bismarck, der ihnen den nötigen Patriotismus gewaltsam beibringt, ist noch nicht entstanden, und schließlich leiden die meisten Syndikate entsetzlich an der Ungewißheit ihrer Daueregistenz.“

Trotz all dieser Mängel ist aber die gebundene Wirtschaft der alten freien Wirtschaft zum großen Teil überlegen. Deshalb gibt es keine Rückkehr, sondern es gibt nur die Möglichkeit, anknüpfend an die neuen Formen, den staatlichen Einfluß zu stärken.

Schmalenbach ist skeptisch gegenüber den Möglichkeiten des Erfolges staatlicher Einwirkung auf die gebundene Wirtschaft. Er steht auch dem weiter greifenden Ideal einer sozialistisch aufgebauten Wirtschaft fern. Er neigt auf Grund seiner wissenschaftlichen Spezialität dazu, große, wie mir scheint, allzu große Hoffnungen auf eine Erziehung zur Wirtschaftlichkeit durch die Betriebswirtschaftslehre zu setzen. Aber trotzdem ist er überzeugt davon, daß die neue Wirtschaftsform starke staatliche Kontrollen und Eingriffe erfordert.

„Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustand kommen müssen, den auch die Zünfte besäßen: Die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen, und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten.“

Wir haben die wesentlichen Gedanken dieser Rede Schmalenbachs hier wiedergegeben, nicht so sehr, weil sie für uns Neues enthalten, als vielmehr, weil wir glauben, daß die Arbeiterchaft Anlaß hat, diesen Wissenschaftler, unbeschadet von Verschiedenheiten der Auffassungen im einzelnen, als einen Bundesgenossen zu begrüßen in dem Kampf, der für die Wirtschaftspolitik der Gegenwart zu den wichtigsten gehört, nämlich in dem Kampf um den Ausbau einer wirksamen staatlichen Kontrolle der privaten Monopole, mögen sie in der Form von Kartellen und Syndikaten oder in der Form von trustartigen Großunternehmungen ihre Herrschaft ausüben.

Die Erkenntnis der Monopolorganisationen als eine zwangsläufige Entwicklungsform der modernen Wirtschaft darf allerdings nicht dazu führen, ihre Ausdehnung künstlich zu fördern, wie es in Deutschland in erheblichem Umfange durch Ausschreitungen der Schutzpolitik geschehen ist, und wir vermüssen bei Schmalenbach einen Hinweis auf diesen Zusammenhang. Die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit bedeutet noch viel weniger eine Vernachlässigung der Kritik gegenüber den Fehlschaltungen und Mißbräuchen, die mit der monopolistischen Wirtschaftsführung verbunden sind. Von der Monopolkritik führt aber der direkte Weg zur Forderung der Monopolkontrolle, die in den Händen des Staates liegen muß, an der aber auch die Arbeiterchaft unmittelbar beteiligt sein muß. Nachdem die Notwendigkeit einer solchen Monopolkontrolle heute auch von weiten Kreisen, die nicht im Lager der Arbeiterchaft stehen, und für die Professor Schmalenbach als repräsentativ angesehen werden kann, anerkannt wird, ist ohne Zweifel die Zeit gekommen, um durch die Gesetzgebung einen entscheidenden Schritt auf diesem Gebiete zu tun. Der neue Reichstag steht hier vor einer dringlichen Aufgabe.

Die Ergebnisse der Frühjahrslohnbewegung.

Im Statistischen Reichsamt wird eine fortlaufende Statistik über die Ergebnisse der Lohnbewegungen geführt. Die von Zeit zu Zeit erfolgenden Veröffentlichungen im 'Mehrsarbeitsblatt' ermöglichen es, die Entwicklung der Tariflöhne zu verfolgen. Die letzte dieser Veröffentlichungen ist im Heft 16 vom 1. Juni erfolgt, und sie zieht Vergleiche zwischen den Tariflöhnen am 1. April und 1. Mai dieses Jahres. Diese Statistik bezieht sich nur auf eine beschränkte Zahl von Gewerben, wobei unterschieden wird zwischen Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien.

Bei den angegebenen Lohnsätzen handelt es sich um den gewöhnlichen Durchschnitt aus dem am Stichtage gültigen Lohnsätzen für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptstufen der einzelnen Gewerbegebiete. In den Gewerben, in denen soziale Zulagen tariflich vereinbart sind, ist der Lohn einschließlich der Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder gerechnet. Im Bergbau, in der Metall- und Textilindustrie sind tarifmäßige Nordlöhne bei durchschnittlicher Arbeitsleistung oder Zeitlöhne einschließlich Nordausgleich eingestellt.

Unter Benutzung einer ähnlichen Veröffentlichung in Nr. 7 des 'Mehrsarbeitsblatt', die weiter zurückreichende Daten enthält, haben wir die nachstehende Tabelle zusammengestellt, die einen Vergleich der Tariflöhne am 1. Januar 1927, 1. Januar 1928 und 1. Mai 1928 für die in Betracht kommenden Berufsgruppen gestattet. Die Angaben beziehen sich nur auf die gelernten Arbeiter; die Löhne der Ungelernten sind hier nicht berücksichtigt.

Tariflöhne gelernter Arbeiter.

Table with 6 columns: Berufszweig, 1. Januar 1927, 1. Januar 1928, 1. Mai 1928. Rows include Produktionsmittelindustrien (Bergbau, Metallindustrie, etc.) and Verbrauchsgüterindustrien (Textilind., Brauindustrie, etc.).

Verkehrsgewerbe.

Hierzu sei erläutert bemerkt, daß in den Veröffentlichungen für den 1. Januar 1927 und 1928 beim Bergbau nur die Schichtlöhne, nämlich 8,50 Mk. bzw. 9,05 Mk. pro Schicht angegeben sind. Im Buchdruckgewerbe und in der Brauindustrie sind für die beiden Tage nur die Wochenverdienste genannt. Der Wochenverdienst ist in allen Fällen unter Berücksichtigung der regelmäßigen Arbeitszeit im fraglichen Berufsgebiet in den für diese Statistik zugrunde gelegten Orten berechnet.

Für die hier bezeichneten Berufsgebiete beträgt der gewogene Gesamtdurchschnitt am 1. Mai 1928 pro Stunde 105,9 Pf., der Wochenverdienst 51,29 Mk. Vom 1. Januar bis 1. Mai 1928 beträgt die Lohnsteigerung für Gelernte insgesamt 4,9 Prozent. Sie ist bei der Reichsbahn mit 5,8 Prozent am höchsten. In den Produktionsmittelindustrien beträgt sie 4,5, in den Verbrauchsgüterindustrien 2,8 Prozent. Nimmt man den 1. Mai als Stichtag, dann sind die tariflichen Stundenlöhne gestiegen von 65 Pf. im Jahre 1925 auf 92,6 Pf. im Jahre 1927 und 105,9 Pf. im Jahre 1928.

Man wird diese Zahlen mit einiger Vorsicht betrachten müssen. Sie sind das Ergebnis von Berechnungen, die auf Stichproben beruhen. Bei der Auswahl der Orte ist wohl Rücksicht darauf genommen, daß ein Bild entsteht, welches dem wirklichen Durchschnitt möglichst nahe kommt, eine Gewähr dafür, daß diese Rücksicht erreicht wurde, besteht jedoch nicht. Denn werden auch die tariflich gestiegenen Löhne von den tariflichen mehr oder weniger ab. Diese Abweichungen sind im gleichen Maße von Ort zu Ort verschieden, und zwischen den einzelnen Berufen in der Unterschied wohl noch größer. Der Schwerpunkt der Statistik liegt darin, daß von ihr hervorgeht die gleiche Tendenz und die gleichen Orte erfasst werden. Dadurch werden die gewonnenen Zahlen unter sich verglichen. Es geben Kunde davon, daß die Löhne in betragsmäßiger Aufwärtsentwicklung begriffen sind. Diese Aufwärtsentwicklung vollzieht sich trotz des scharfen Widerstandes des Unternehmens. Es ist auch diese Statistik der Tariflöhne ein Zeugnis für die steigende Macht der Gewerkschaften.

Erhöhung der Invalidenrenten.

Am 1. Juli werden die Invalidenrenten wieder erhöht. Es werden werden seit einigen Wochen die entsprechenden Bestimmungen in Form einer Postkarte zugestellt, die für die Empfänger sehr nützlich erachtet ist. Der Inhalt der Postkarte soll möglichst für Rechte verständlich sein, die sich fortgesetzt mit der Post zu befragen, der Rentner kann nichts davon verlangen, er kann nicht einmal lesen, wie seine Erhöhung berechnet ist. Deshalb ist die Aufklärung notwendig als ob der Gehalt um 40 Prozent erhöht wird, und

mancher Invalidenrenten hat wohl schon mit diesem Betrag gerechnet. Tatsächlich werden aber nur die Steigerungsbeträge um 40 Prozent erhöht, und dazu nur die, die aus Beiträgen vor der Inflation stammen.

Die Invalidenrente setzt sich zusammen aus Reichszuschuß, Grundbetrag und Steigerungsbeträgen. Reichszuschuß und Grundbetrag sind in allen Klassen gleich hoch und werden auch durch die Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge nicht verändert. Bei den Steigerungsbeträgen ist zu unterscheiden, ob die Beiträge vor dem 1. Oktober 1921 geleistet wurden oder nach dem 1. Januar 1924. Für die letzteren Beiträge wird ein Fünftel der geleisteten Beiträge als Steigerungsbetrag angesetzt. Für die Beiträge, die zu der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Januar 1924 (Inflationbeiträge) geleistet wurden, gibt es überhaupt nichts, und für die vor dem 1. Oktober 1921 geleisteten Beiträge wird für jeden Beitrag ein bestimmter Pfennigfuß berechnet, und zwar in der I. Klasse 2 Pf., in der II. Klasse 4 Pf., in der III. Klasse 8 Pf., in der IV. Klasse 14 Pf. und in der V. Klasse 20 Pf. Bei den Renten, die vor dem 1. April 1928 festgesetzt wurden und am 1. Juli 1928 noch laufen, werden die vorliegenden Steigerungsbeträge um 40 Prozent erhöht. Bei den Renten, die nach dem 1. April 1928 festgesetzt wurden, betragen die Steigerungsbeträge

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Mai 1928.

Der Monat Mai hat der Holzindustrie eine wesentliche Änderung der Geschäftslage nicht gebracht. Unsere Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie umfaßt diesmal 680 Betriebe mit 101.948 Beschäftigten. Dazu kommen noch 8 Betriebe mit 1468 Arbeitern, die infolge Streiks stillgelegt sind. Die Kurzarbeit hat wieder eine kleine Steigerung erfahren, sie wird aus 66 Betrieben mit 9042 Beschäftigten gemeldet, gegen 63 Betriebe mit 8972 Beschäftigten im April. Überstunden wurden in 28 Betrieben mit 3902 Arbeitern gemacht, im April waren hier 21 Betriebe mit 3136 Arbeitern gemeldet. Unter den verkürzt arbeitenden Betrieben stehen wieder die Pianofortefabriken mit 30 Betrieben und 4338 Arbeitern an erster Stelle. Hier kommen auch noch Möbelfabriken, Bürsten- und Pinselfabriken, Nähmaschinen- und Sport- und Kinderwagenfabriken mit größeren Zahlen in Betracht, die aber zum Teil kompensiert werden durch Überzeitarbeit, die aus Be-

trieben der gleichen Berufsgruppe gemeldet wird. In manchen Berufszweigen mit erheblicher Kurzarbeit übersteigt trotzdem die Zahl der Neueinstellungen die der Entlassungen, so z. B. in der Pianofortefabrikation. Besonders trübe sieht es in der Stockfabrikation aus, wo eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitern entlassen wurde und die berichtenden Betriebe durchweg schlecht beschäftigt sind. Im ganzen wurden 2018 Arbeiter entlassen und 2378 neu eingestellt. Die Einstellungen überwiegen also, aber nicht mehr in dem Maße wie im vorigen Monat. Bringt man den Beschäftigungsgrad in der Gesamtheit der erfassten Betriebe auf einen Nenner in der Weise, daß unter Berücksichtigung der auf die einzelne Gruppe entfallenden Arbeiterzahl gut mit 2, befriedigend mit 3 und schlecht mit 4 bewertet wird, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 2,034. Die entsprechende Zahl lautete für den März 2,642, für den April 2,511. Hiernach wäre für Mai ein geringes Nachlassen des Beschäftigungsgrades festzustellen.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Mai 1928.

Table with 15 columns: Berufszweig, Anzahl (ber. Beschäftigten, ber. Entlassenen, ber. leerer Plätze), Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), Bon je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit... (Mai 1928, April 1928, Mai 1927).

Zusammen 680 101948 2378 2016 23636 306 51543 249 36121 125 14234 50,6 35,4 14,0 54,3 30,3 15,4 62,4 29,7 7,9

Die Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband zeigt dagegen einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von der Erhebung wurden diesmal 1113 Verwaltungenstellen mit 300.001 Mitgliedern erfasst, von denen am Monatsanfang 31.032 oder 10,34 Prozent arbeitslos waren. Im April betrug die Arbeitslosigkeit 10,87 Prozent. In den meisten Gauen ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit eingetreten, doch von geringem Ausmaß. Am stärksten ist der Rückgang gegen den Vormonat in Thüringen, von 16,55 auf 12,58 Prozent. Wo die Arbeitslosigkeit eine

Steigerung erfährt, ist sie geringfügig. Am stärksten war die Zunahme im Gau Düsseldorf mit 0,65 und in Berlin mit 0,60 Prozent. Die größte Arbeitslosigkeit weist immer noch der Gau Erfurt mit 17,01 Prozent auf, am niedrigsten ist sie im Gau Stuttgart mit 3,29 Prozent. Hier ist jedoch die Kurzarbeit mit 12,01 Prozent am stärksten. Im Gau Leipzig, wo 10,01 Prozent der Mitglieder verkürzt arbeiten, bedeutet diese Zahl einen kleinen Rückgang. Im ganzen wurden 14.494 oder 4,83 Prozent der Mitglieder als Kurzarbeiter gemeldet, gegen 4,53 Prozent im Vormonat.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Mai 1928.

Table with 11 columns: Gau, Bericht haben (Gesamt, mit Mitgliedern), Arbeitslose am 31.5.28, Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos, Verkürzt arbeiteten insgesamt (Betriebe, Beschäftigte), Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt, Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um (1-8 Std., 9-16 Std., 17-24 Std., 25 Std. u. mehr), Nicht berichtigt haben (Verwaltungsstellen, Mitglieder).

beiträge in den einzelnen Klassen 3, 6, 12, 18 bzw. 27 Pf. In älteren Rentenbescheiden werden noch Steigerungssätze aufgeführt sein von 2, 4, 7 und 10 Pf. in den Klassen II bis V. In der ersten Klasse würde in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 1. August 1925 überhaupt kein Steigerungsbetrag angelegt.

Am Reichsausschuß, dem Grundbetrag und den Steigerungsbeträgen aus Beiträgen nach dem 1. Januar 1924 wurde überhaupt nichts geändert. Rentner, die ihre Erhöhung nachrechnen wollen, müssen zunächst aus ihrem Rentenbescheid feststellen, wie viele Beiträge sie in den einzelnen Klassen vor dem 1. Oktober 1921 geleistet haben. Die Zahl der Beiträge wird dann je nach der Klasse mit 2, 4, 8, 14 und 20 Pf. vervielfacht, z. B.

42 Beiträge in Klasse I	mal 2 Pf.	= 0,84 M.
116 " " " II	" 4 "	= 4,64 "
342 " " " III	" 8 "	= 27,36 "
468 " " " IV	" 14 "	= 65,52 "
256 " " " V	" 20 "	= 51,20 "
Zusammen 149,56 M.		

Aus diesem Betrag werden 40 Prozent genommen, macht 59,80 M. Es wird nun zusammengerechnet:

Reichsausschuß	72,— M.
Grundbetrag	168,— "
Steigerungsbeträge aus Beiträgen vor dem 1. Oktober 1921	149,56 "
Hieraus 40 Prozent Erhöhung	59,80 "
Steigerungsbeträge aus Beiträgen nach dem 1. Januar 1924 (genauer Betrag ist aus dem Bescheid zu ersehen) an- genommen	30,84 "
Jahresrente 480,— M.	

oder pro Monat 40 M., während bisher die Monatsrente etwa 35 M. betragen hat.

Enthält eine Rente für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 keinen Steigerungsbetrag, so wird die Rente monatlich um eine Reichsmark erhöht, wenn für Zeiten vor dem 1. Oktober 1921 mindestens 200 Beitragsmarken ordnungsgemäß verwendet sind. Für Renten, die vor dem 1. April 1928 festgesetzt wurden und am 1. Juli 1928 noch laufen, wird der Zuschuß für jedes Kind von 7,50 M. auf 10 M. monatlich erhöht.

Die Invalidenrente ist, gemessen an den heutigen Lebenshaltungskosten, unzulänglich in jeder Beziehung. Außerdem sind die jetzt eingetretenen Erhöhungen keine dauernden, sondern sie bauen sich von Jahr zu Jahr ab und werden in etwa einem Jahrzehnt überhaupt verschwunden sein.

Fragen der Berufsberatung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt eine Übersicht über die öffentliche Berufsberatung. Die Zahl der Ratfuchenden ist von Jahr zu Jahr gestiegen, sie betrug in den Geschäftsjahren 1922/23: 235 013, 1923/24: 250 560, 1924/25: 306 503, 1925/26: 374 566, 1926/27: 426 092. Offene Lehr- und Anlernstellen waren in den gleichen Geschäftsjahren vorhanden: 137 604, 134 040, 170 468, 171 871, 206 716. Zwischen der Zahl der Ratfuchenden und der der gemeldeten Lehr- und Anlernstellen klaffte in allen Jahren eine große Lücke. Über die Verhältnisse in der Holzindustrie berichtet folgende Zusammenstellung:

	Ratfuchende			
	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27
Männliche	15 420	18 526	21 281	21 251
Weibliche	—	99	85	33

	Offene Lehr- und Anlernstellen			
	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27
Männliche	7 606	9 840	9 866	11 525
Weibliche	—	122	103	85

Bei den Männlichen ist das Verhältnis ähnlich so wie in der Gesamtwirtschaft, bei den Weiblichen dagegen überwiegt die Zahl der offenen Lehr- und Anlernstellen die der Ratfuchenden.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bemerkt zu den zahlenmäßigen Ergebnissen der Berufsberatung, daß diese sich des zunehmenden Bevölkerungswachstums weiter Bevölkerungskreise erfreut. Wohl sind die Zahlen der Ratfuchenden und offenen Stellen gestiegen, aber wenn man bedenkt, daß die Zahl der Schulabgänger jährlich weit über 1 Million beträgt, so hat die Berufsberatung noch ein sehr großes Arbeitsfeld. Ob sie in Zukunft weitere Fortschritte machen wird, läßt sich schwer voraussagen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang ein Artikel von Dr. Otto Zipmann in Nummer 5 der „Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft, und e (herausgegeben vom ADGB), über „Der Anteil des Deutschen am Produktionseffekt“. Zipmann verweist auf die stark zunehmende Technisierung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses und fragt, ob sich unter diesen Umständen die Berufsberatung in der heutigen Art noch lohne. Wörtlich schreibt er: „Man muß sich fragen, für welche Industrien und Arbeiten es sich überhaupt noch lohnt, umständliche Verfahrenweisen der Zubereitung anzuwenden, wenn für viele Arbeiten entweder schon heute der Einfluß des Arbeiters auf den Produktions-effekt nur noch gering ist, und wenn weiterhin dieser Einfluß nicht nach dieser Einfluß merkwürdig noch geringer sein wird. Das Zuordnungsproblem, von dem wir früher gese- hen haben, daß es infolge der Mechanisierung an Bedeutung verliert, gewinnt somit eine neue und noch höhere Be-

deutung; aber es wird wieder in die Bewerte hineingelegt, und während man heute noch die Eignung für eine Arbeit vor dem Eintritt in den Beruf festzustellen sucht, gestaltet es dieser neue Aspekt (Aussicht), daß der Betrieb sich selbst aus dem Gros der unqualifizierten Arbeiter die für einige wenige hochwertigen Arbeiten erforderlichen Hochqualifizierten aussucht.“

Lohnerhöhung und Preiserhöhung.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Parler Gilbert, beschäftigt sich in seinem vor einigen Tagen erschienenen Zwischenbericht für das vierte Reparationsjahr eingehend mit den Preis- und Lohnsteigerungen in Deutschland. Gilbert stellt fest, daß die Unternehmer infolge der guten Konjunktur höhere Löhne zahlen können, und die Lohnerhöhungen führten zu einer Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und zu einer

Unternehmers Preisgefang.



Herr Parler Gilbert warnt davor, die Preise zu erhöhen. Schon brüllt der Unternehmerchor: „Bei uns soll's anders gehen!“

Die Preise klettern hopphopp, weil Geld so lieblich duftet. Die Löhne sinken — na und ob! — Denn darben kann, wer schuftet.

Wir brüllen in die Welt hinaus, Rag's nicht harmonisch klingen. Profit, Profit macht alles aus. Ihn wollen wir erzwingen!

Was geht uns Parler Gilbert an? Profit soll uns erquiden. Sel auf dem Posten, Arbeitsmann, Dies Singen zu erwidern. Seanning Understadt.

Belegung des inneren Marktes. Nach der „Vossischen Zeitung“ heißt es in dem Bericht dann wörtlich weiter:

„Beunruhigend jedoch erscheint, daß die Industrie die allgemeine Tendenz habe, die Lohnerhöhungen auf die Konsumenten abzuwälzen. Diese Tendenz erscheint auch in der Aktion der Reichsbahn-Gesellschaft, die höhere Eisenbahntarife fordert, um Fonds zu erhalten, um ihre gestiegenen Betriebskosten zu decken, die hauptsächlich durch das Steigen der Löhne und Gehälter verursacht seien.“

Der Effekt von Lohnerhöhungen, die im selben Augenblick in höheren Preisen auswirken, erhöht nur die allgemeinen Lebenskosten und macht dadurch die günstigen Einflüsse, die sonst von höheren Löhnen herrühren können, illusorisch. Lange bevor die letzten Erhöhungen Zeit gefunden hätten, sich in den Konsumentenpreisen auszuwirken, stiegen schon die Preise der lebensnotwendigen Erzeugnisse schnell, und sie stehen jetzt bereits auf einem Stand, der in der Praxis jeden Vorteil ausschließt, den der Konsument von dem angestrebten Prozeß der Rationalisierung erhoffen konnte. Es ist die Frage, wie hoch die Preise noch steigen können, ohne den Umfang des Handels zu beeinträchtigen.“

Der Reparationsagent ist, wie seine Ausführungen beweisen, ein sehr guter Beobachter der deutschen Wirtschaft. Seine Feststellung, daß die Preiserhöhungen den Lohnerhöhungen vorausseilen, trifft zu. Aber sie ist nicht neu. Dr. Karl Helfferich, der vor einigen Jahren tödlich verunglückte Unternehmerführer, schrieb in seinem berühmten Buche: „Die Währungsfrage“:

„Der Arbeitslohn bequemt sich nicht sofort dem gesunkenen Geldwert und den gestiegenen Warenpreisen an, sondern folgt ihnen erst allmählich. Bis sich hinsichtlich des Arbeitslohnes ein Ausgleich vollzogen hat, ist daher der Unternehmer imstande, auf Kosten des Arbeitslohnes zu profitieren.“

Wenn die Preiserhöhungen den Lohnerhöhungen zeitlich vorausgehen, kann die fortschreitende Teuerung nicht eine Folge der Lohnerhöhungen sein, wie die Unternehmer immer erzählte. Der Reparationsagent warnt die deutschen Unternehmer vor weiteren Preiserhöhungen, sonst komme die Konjunktur ernstlich in Gefahr. Wir fürchten, sie werden diesen Rat überhören und nach wie vor weiter-sagen: Preiserhöhung! Lohnabbau!

Deutschlands Industrieausfuhr 1924 bis 1927.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat eine Schrift über die „Statistik der industriellen Ausfuhr Deutschlands 1924 bis 1927“ herausgegeben, die zum Teil längst bekanntes Material verarbeitet, die Ziffern aber nicht-destoweniger sehr interessant und gestatten gewisse Schlussfolgerungen bezüglich des Aufbaues des deutschen Außenhandels. Am zweckmäßigsten sollen die Jahre 1924 und 1927 verglichen werden, da das erste Jahr den Anfang normaler wirtschaftlicher Verhältnisse bedeutet, während das Jahr 1927 von einer normalen guten Konjunktur ausgefüllt wird und dabei einen gewissen Höhepunkt darstellt vor einem wahrscheinlichen Abschwung. Im ganzen kann man also diese Periode als eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs ansehen.

Wie hat sich denn nun die Entwicklung des Außenhandels in dieser Zeit gestaltet? Da muß zunächst festgestellt werden, daß die Ausfuhr von Fertigwaren in beiden Jahren den Löwenanteil an der deutschen Ausfuhr bildet. Dieser große Anteil ist aber im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1924 etwas gesunken; im Jahre 1924 hat die Ausfuhr der Fertigwaren rund 80 Prozent der Gesamtausfuhr gebildet, im Jahre 1927 bloß rund 74 Prozent. Dagegen ist der Anteil der sogenannten Industrieausfuhr, d. h. der Ausfuhr sowohl der Fertigwaren als auch der Halb-fabrikate und der Rohstoffe der Industrie (wie Kohle, Erze usw.), eher etwas gestiegen. Deutschland ist und wird immer das Land der gewaltigen Fertigwarenausfuhr bleiben, das ist eine Selbstverständlichkeit, und ebenso selbstverständlich ist die Tatsache, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Außenmärkten vollkommen von der Güte der ausgeführten Waren abhängt. Daraus ergeben sich ebenso selbstverständliche Schlussfolgerungen bezüglich der sozialpolitischen Stellung der Produzenten jener Ausfuhrwaren, Schlussfolgerungen, nach denen man vergebens in der ganzen Literatur des Reichsverbandes der Deutschen Industrie suchen würde.

Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß die Ausfuhr von Fertigwaren eine geringere Steigerung erfahren hat als die Gesamtausfuhr oder die Industrieausfuhr: von 1924 bis 1927 ist nämlich die Ausfuhr von Fertigwaren bloß um 44,2 Prozent gestiegen, während die Gesamtausfuhr um 54,5 Prozent, die Industrieausfuhr um 54,2 Prozent zugenommen hat. Das Bild wird klarer, wenn man die einzelnen bedeutenden Posten durchnimmt. Da stellt sich heraus, daß die Ausfuhr von Kohlen in der bezeichneten Periode um rund 52 Prozent gestiegen ist — und das trotz der gewaltigen Konkurrenzkämpfe gerade auf den Kohlenmärkten im Jahre 1927, im Jahre 1926 ist die Kohlenausfuhr infolge des englischen Streiks um etwa 35 Prozent höher gewesen — die Ausfuhr von Stab- und Formeisen um rund 267 Prozent, die Ausfuhr von Röhren- und Walzenprodukten um rund 170 Prozent, von Blech und Draht um etwa 100 Prozent, während die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen bloß um rund 47 Prozent gestiegen ist, die Ausfuhr von Textil-maschinen bloß um rund 42 Prozent, von „sonstigen Eisen-waren“ (Fertigprodukten) um rund 42 Prozent, von Möbeln und Holzwaren um etwa 13 Prozent usw.

Es scheint, daß die Fertigwaren in einem viel geringeren Ausmaße an dem Aufschwung der Ausfuhr teilnehmen als die Halbfabrikate und die Rohstoffe der Industrie. Der Vormarsch dieser letzteren Waren auf den Außenmärkten beruht zum guten Teil auf der strammen Organisation der schwer-industriellen Verbände und auf dem Ausbau ihrer internationalen Verbindungen. Die verarbeitenden Industrien scheinen in dieser Entwicklung ins Hintertreffen zu geraten. Die außerordentlich rasche Steigerung der Ausfuhr der Erzeugnisse der Schwerindustrie hat aber noch einen anderen Grund — den kolossalen Abbau der Ausfuhrpreise: der Durchschnittspreis eines Doppelzentners „industrieller Ausfuhr“ hat im Jahre 1924 rund 45 M. betragen, im Jahre 1927 rund 21 M. — eine Preissenkung also um mehr als 50 Prozent. In derselben Periode ist aber der durchschnittliche Ausfuhrpreis eines Doppelzentners Fertigware bloß von 120 M. auf 108 M. zurückgegangen, also etwa um 10 bis 17 Prozent. Hier kann die Politik des Schleudereports der Schwerindustrie sozusagen mit der Hand gegriffen werden. Die Fertigwarenindustrie konnte diese Politik schon deswegen nicht mitmachen, weil ihr die Monopolstellung auf dem Innenmarkt fehlte, jene Monopolstellung, die es andererseits der Schwerindustrie ermöglicht hat, die Preise im Innern herauszuschrauben und die Produktionskosten der verarbeitenden Industrien zu steigern, dadurch ist es der Fertigwarenindustrie unmöglich gemacht worden, ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Außenmärkten im gleichem Maße zu erhöhen wie die Schwerindustrie. Sehr beachtenswert ist auch die Tatsache, daß, während der Ausfuhrpreis pro Doppelzentner der „industriellen Ausfuhr“ um mehr als 50 Prozent gesunken ist, der deutsche Großhandelsindex für industrielle Rohstoffe und Halbwaren bloß um etwa 6 bis 7 Prozent zurückging. Auch das ein Beweis für den Schleudereport, der mit der Preissteigerung auf den Innenmärkten Hand in Hand geht.

Wir wissen nicht, welche Ziele der Reichsverband der Deutschen Industrie mit der Herausgabe seiner Ausfuhrstatistik verfolgt. Das Studium dieser Ziffern beweist aber jedem unvoreingenommenen Beobachter nochmals die Tatsache, daß auch die Entwicklung der deutschen Ausfuhr von denselben Kräften beherrscht wird, die auch sonst bis heute ausschlaggebend sind in der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Realität, nämlich von den Kräften des organisierten Groß-kapitals.

Gregor Bientzold.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes. Wahlen zum Gewerkschaftskongress.

Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet in den Tagen vom 3. bis 8. September 1928 in Hamburg statt. Entsprechend dem Beschluß des letzten Verbandstages sind von unserem Verband neben den Vertretern des Vorstandes und der Redaktion 15 Delegierte in Urwahl zu wählen.

Um den Verwaltungsstellen Arbeit und Kosten zu ersparen, hat der Vorstand beschlossen, die Delegiertenwahlen auch in Mitgliederversammlungen zuzulassen. Die Wahlordnung ist allen Ortsverwaltungen bereits durch die Nummer 5 der „Mitteilungen des Vorstandes“ bekanntgegeben worden.

Die Wahlen finden für unseren Verband in der Woche vom 8. bis 14. Juli statt.

Soweit in einem Wahlbezirk eine Stichwahl erforderlich ist, findet diese in der Woche vom 5. bis 11. August statt.

Heimvolkshochschule in Tinz.

Auf die in Nummer 11 und 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ergangene Bekanntmachung über die Teilnahme an einem neuen Kursus der Heimvolkshochschule in Tinz sind eine größere Anzahl Bewerbungen beim Verbandsvorstand eingegangen. In Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Schulleitung konnten von den diesmaligen Bewerbern folgende Verbandskollegen berücksichtigt werden:

- Herbert Schneider, Zuffenhausen,
- Hans Roth, Kiel.

Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, von der getroffenen Auswahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung der einzelnen Bewerber nicht erfolgen wird.

Der Verbandsvorstand.

Urabstimmung.

Eine Urabstimmung ist im Verbandsleben keine alltägliche Erscheinung. Für zahlreiche Verbandsmitglieder ist die im kommenden Monat stattfindende, die über die Einführung einer Invalidenunterstützung im Verband entscheiden soll, die erste, die sie miterleben. Seit dem Jahre 1921 war keine Urabstimmung erforderlich. Schon die Seltenheit der Urabstimmungen läßt darauf schließen, daß ihnen eine ganz besondere Bedeutung zukommt. In der Tat ist die Urabstimmung die höchste Instanz, die das Geheiß unseres Verbandes, das Verbandsstatut, kennt. Bei der großen räumlichen und zahlenmäßigen Ausdehnung unseres Verbandes ist es nicht möglich, ständig sämtliche Mitglieder unmittelbar an allen Entscheidungen teilnehmen zu lassen. Die Mitwirkung des einzelnen geschieht vielmehr auf dem Wege über die einzelnen Organe des Verbandes und über das Parlament, den Verbandstag.

Der Verbandstag, auf dem die Mitglieder durch Delegierte vertreten sind, ist die gesetzgebende Körperschaft, die das Verbandsstatut überprüft und erneuert und die mit seiner Durchführung betrauten Organe wählt. Wenn während der zwei Jahre, die zwischen den ordentlichen Verbandstagen liegen, eine Änderung des Statuts im Interesse des Verbandes notwendig wird, kann bereits zwar die Möglichkeit, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Aber das Verbandsstatut sieht auch die Möglichkeit vor, die Entscheidung durch direkte Befragung der Mitglieder herbeizuführen. Das ist der eine von den im Statut vorgesehenen drei Fällen, in denen eine Urabstimmung stattgefunden hat. Ferner ist eine Urabstimmung einzuleiten, wenn der vierte Teil der Mitglieder einen entsprechenden Antrag an den Verbandsvorstand stellt, und endlich unterliegen Beschlüsse des Verbandstages der Urabstimmung der Mitglieder, wenn der Verbandstag dies mit Dreiviertelmehrheit beschließt.

Ein solcher Fall liegt jetzt vor, wenn auch mit einer kleinen Abwandlung. Die den Mitgliedern in Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ unterbreitete Vorlage zur Einführung einer Invalidenunterstützung ist in der jetzigen Form kein unmittelbarer Beschluß des Verbandstages in Frankfurt a. M. Der Verbandstag hat nach eingehender Beratung der vorliegenden Anträge den Vorstand und die Vorbereitungsinstanz mit dem Beschlusse, eine Vorlage auszuarbeiten, und weiter beschlossen, daß die endgültige Entscheidung bei den Mitgliedern zu liegen soll.

Die im Juli stattfindende Urabstimmung ist in den 25 Jahren, die unser Verband besteht, die zehnte. In früheren Jahren waren es in erster Linie Beitrags-erhöhungen, um die es sich bei den Urabstimmungen

handelte. Damals konnte man im Verband noch nicht das System der gestaffelten Beiträge, das in Verbindung mit dem im Statut festgelegten Grundlohn, daß der Beitrag in einem bestimmten Verhältnis zum vertraglichen Stundenlohn stehen soll, die Beitragshöhe automatisch regelt. Unser Verband hatte jahrzehntelang den Einheitsbeitrag, der in den ersten Jahren pro Woche 15 Pfennig betrug. Als dann im Jahre 1896 der Streik der Stuhlarbeiter in Lauterberg die Verbandskasse für damalige Verhältnisse ungewöhnlich stark in Anspruch nahm, sah sich der Vorstand gezwungen, auf die Dauer eines Vierteljahres einen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben. Die Festsetzung dieses Extrabeitrages war Gegenstand der ersten Urabstimmung in unserem Verband. Der Antrag wurde mit 92 Prozent aller abgegebenen Stimmen angenommen. Ende desselben Jahres fand bereits wieder eine Urabstimmung statt, durch welche die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 20 Pf. beschlossen wurde.

Ein weitergehender Antrag auf Festsetzung des Beitrages auf 25 Pf. erhielt auch damals schon eine anscheinliche Stimmzahl; beschlossen wurde dieser Beitrag aber erst auf dem Verbandstag in Nürnberg im Jahre 1900, und dieser Beschluß wurde durch die dritte Urabstimmung bestätigt.

Bei der folgenden Urabstimmung im Jahre 1902 handelte es sich erstmalig nicht um die Beitragsfrage allein, sondern um die heikelmäßigere Einführung der Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit einer Erhöhung des Beitrages auf 35 Pf. Diese Urabstimmung im Jahre 1902 hatte von allen bis heute stattgefundenen die höchste Beteiligungsziffer und gleichzeitig die knappste Mehrheit. Abgestimmt haben damals 73 Prozent, also fast drei Viertel aller Mitglieder, davon stimmten etwas mehr als die Hälfte, nämlich 51 Prozent, mit Ja. Dieses Abstimmungsergebnis ist der Ausdruck für die grundsätzliche Bedeutung, die seinerzeit der erste Schritt auf dem Wege zu den später mehr und mehr ausgebauten sozialen Unterstützungen für unser Verbandsleben hatte.

Im Jahre 1910 wurde durch Urabstimmung der Beitrag auf 60 Pf. festgesetzt. Die sechste Urabstimmung fiel in das Kriegsjahr 1917. Sie brachte eine einschneidende Änderung im Beitrags- und Unterstützungsweise des Verbandes. Bis dahin hatten die Verwaltungsstellen neben dem einheitlichen Hauptkassenbeitrag von 80 Pf. Lokalzuschläge in sehr unterschiedlicher Höhe erhoben, aus deren Erträgen neben den örtlichen Verwaltungsausgaben vor allem Zuschläge zu den Unterstützungen geleistet wurden. Die dadurch allmählich entstandene Unterschiedlichkeit in der Höhe der Unterstützungsätze auch bei gleichem Gesamtbeitrag ließ es notwendig erscheinen, eine Änderung zu treffen. Die damals beschlossene Neuregelung, daß vom Verbandsbeitrag ein bestimmter Prozentsatz der Lokalkasse verbleibt, ist bekanntlich jetzt nach fast zehn Jahren zugunsten der Einheitlichkeit der Gewerkschaftseinrichtungen dahin abgeändert worden, daß nunmehr Hauptkassenbeitrag und Lokalkassenbeitrag getrennt sind, was aber praktisch an der Verteilung der Einnahmen auf Haupt- und Lokalkasse nicht viel ändert.

Es fanden dann noch drei weitere Urabstimmungen in den Jahren 1919, 1920 und 1921 statt, die aber, wenn man heute zurückblickt, keine allzu große Bedeutung haben; denn sie galten jedesmal der durch die Geldentwertung bedingten Einführung neuer, höherer Beitragsklassen und entsprechender Erhöhung der Unterstützungen, einem Vorgang, der in den folgenden Jahren zu einer Alltäglichkeit wurde und nicht in jedem einzelnen Fall einer Entscheidung durch eine Urabstimmung bedurfte, da die grundsätzliche Höhe des Wochenbeitrages (damals gleich einem Stundenlohn) im Statut festgelegt war.

Die jetzige zehnte Urabstimmung, zu der die Mitglieder in den nächsten Wochen aufgerufen werden, betrifft eine weitreichende und bedeutungsvolle Neueinrichtung im Verband: Die Unterstützung der nicht mehr erwerbsfähigen langjährigen Mitglieder. Die Mitglieder sollten sich während der uns noch von der Urabstimmung trennenden Wochen in den Betrieben und in Versammlungen eifrig mit der Vorlage beschäftigen. Wünschenswert ist, daß sich die Mitglieder möglichst vollzählig an der Urabstimmung beteiligen. Die Notwendigkeit, diese letzte Verbandsinstanz anzurufen, tritt nur verhältnismäßig selten ein; um so mehr muß jedes Mitglied darüber wachen, daß sein Recht, unmittelbar an einer Entscheidung mitzuwirken, gewahrt bleibt. Kein Mitglied darf bei der Urabstimmung fehlen!

Jugendleiter-Konferenz im Gau Stuttgart.

Für den Gau Stuttgart, der die Länder Württemberg und Baden umfaßt, fand am Sonntag, den 10. Juni, in Stuttgart eine Konferenz der Jugendleiter unseres Verbandes statt. Es waren 18 Delegierte aus folgenden 15 Orten: Stuttgart, Sulz a. N., Schramberg, Kirchheim, Aalen, Rorbas, Eßlingen, Rürtingen, Schwenningen, Neulingen, Bietigheim, Heilbronn, Ludwigsburg, Pforzheim und Karlsruhe, vertreten.

Kollege Simm (Berlin), der Jugendsekretär unseres Verbandes, behandelte in einem instruktiven Referat aktuelle

Fragen der Jugendführung. Dem Referat folgte eine lebhafte Aussprache, in der eine Fülle von Anregungen für die praktische Jugendarbeit gegeben wurde. Gauvorsteher Kollege Fischer und der Leiter der Konferenz, Gauvorsteher Kollege Barth, sprachen im Namen des Gauverbandes den Wunsch aus, es möchten sich alle Kollegen mehr als bisher mit in den Dienst unserer Arbeit an der Jugend stellen. Um im Gau Stuttgart die Arbeit vorwärts zu bringen, wurde eine Gaujugendabteilung gebildet, der die Kollegen Ernst Barth, Hermann Dalluff, Hans Veer aus Stuttgart, Johann Schmidt aus Kirchheim und Artur Vogt aus Pforzheim angehören.

Streik in Saarbrücken.

Über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 18. Mai, der den Schreibern eine Lohnerhöhung um 5 1/2 Prozent zusprach, haben wir in Nr. 23 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß der Möbelfabrikanten-Verband und ein Teil des Fachverbandes selbständiger Schreiner und Glaser die Auszahlung dieser Zulage ablehnen. Infolgedessen haben etwa 200 Kollegen die Arbeit eingestellt.

Die Lohnregelung in Hamburg.

Die Frühjahrslohnbewegung in Hamburg ist im wesentlichen beendet, nur die Stadtmacher befinden sich noch im Streik. Die Ortsverwaltung gibt nun in ihrem Mitteilungsblatt „Sobelspäne“ eine tabellarische Übersicht über die Tariflöhne in den einzelnen Branchen. Da diese Daten auch anderwärts interessieren dürften, geben wir diese Übersicht nachstehend wieder:

Branch	bloher Pf.	ab Pf.	ab Pf.	ab Pf.	ab Pf.	Stütze bis	Erreicht über
Anschläger	120	16.2	192	1.10	196	15.2.29	Parteivereinbarung
Bibh. (Meister)	154	16.2	162	1.10	167	15.2.29	
Drechsler (Holz)	111	16.2	117	1.10	121	15.2.29	
Füllhalterbetr.	111	16.2	117	1.10	121	15.2.29	
Instrumentenm.	122	16.2	129	1.10	133	15.2.29	
Risikemacher	103	1.1	113	1.4	116	31.12.28	Schlichtungs-Aussh.
Stadtmacher	84	26.4	88	—	—	6. a. w.	Parteivereinbarung
Storarbeiter	88	1.4	93	1.10	94	31.8.29	Schlichtungs-Aussh.
Landbetriebe	79	11.4	87	—	—	31.12.28	Streik u. Schl.-Aussh.
Modellfabriken	192	1.4	137	1.7	139	30.9.28	Schlichtungs-Aussh.
Wäpstenbauer	111	27.4	117	1.10	121	31.3.29	Streik und Parteivereinbarung
Parteilieferer	129	16.2	135	1.10	139	15.2.29	Parteivereinbarung
Sägereiarbeiter	100	1.4	109	1.10	111	31.3.29	
Stadtmacher	116	6.5	125	1.10	128	1.4.29	Schlichtungs-Aussh.
Stadtmacher	108	—	—	—	—	—	—
Tischler	111	16.2	117	1.10	121	15.2.29	Lohnamt f. Holzgew.
Vergolder	110	13.4	115	1.10	120	31.3.29	Streik u. Schl.-Vorschl.
Wersten	82	1.4	87	—	—	30.9.28	verbändl. Schiedspr.
Zigarrenkistennm.	101	1.4	109	1.10	112	31.3.29	Parteivereinbarung

Zu dieser Tabelle macht die Ortsverwaltung folgende Bemerkungen: „Zahlen sprechen! Auch die vorstehenden. Sie geben nicht nur den zahlenmäßigen Anstieg des Lohnes wieder, sie geben auch Kunde von der Kraft unserer Organisation in dreifacher Beziehung: einmal in der Höhe des Erreichten im Verhältnis zur eingetretenen Verteuerung des Lebensunterhalts an sich, die hier nicht zahlenmäßig wiedergegeben ist, zum anderen vom Erreichten in Anbetracht der in anderen Industrien eingetretenen Veränderung des Lohnes und zum dritten über den Weg, auf dem die Lohnveränderung zustande gekommen ist.“

Soweit die Verteuerung des Lebensunterhalts in Frage kommt, ist sicher von vielen unserer Mitglieder mehr erwartet worden, weil die Ansprüche, die auch unsere Mitglieder an das Leben zu stellen berechtigt sind, gestiegen und im weiteren Steigen begriffen sind.

Im Verhältnis zur Lohnveränderung anderer Industrien darf wohl gesagt werden, daß sich das Ergebnis der Holzindustrie sehr wohl sehen lassen kann. Vergleiche zu ziehen überlassen wir den Mitgliedern selbst.

Der Weg, auf dem das jeweilige Ergebnis letzten Endes zustande gekommen ist, ist meist der Weg der Parteivereinbarung im Gegensatz zu manchen anderen Industrien, bei denen z. B. harte Kämpfe erst ein geringeres Ergebnis zeitigten. Zum kleinen Teil nur hat bei uns der Kampf entschieden. Das ist nicht auf geringen Kampfeswillen der Leitung zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß das gesteckte Ziel ohne Kampf erreicht werden konnte.

Der Kampf ist nicht Selbstzweck, sondern nur letztes Mittel zum Zweck. Denn je stärker die Organisation, der Verband, desto weniger Aussicht hat das Unternehmertum, ihn im Kampf niederzuringen und seinerseits die Arbeitsbedingungen zu bestimmen. Das haben die Holzarbeiter begriffen. Sie sorgen ständig für weitere Ausdehnung des Verbandes. Nicht nur, daß der Gesamtverband über erfreulichen Mitgliederzuwachs berichten kann, auch unsere Verwaltungsstelle hat in diesem Jahre eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, der Mitgliederstand ist auf 9786 gestiegen. Diese Zahl noch weiter zu steigern, muß Aufgabe unserer Kollegen sein.“



Holzindustrie



Phantaziezahlen

Über den Lohnanteil im Tischlergewerbe.

Das „Tischlergewerbe“, das Organ des Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Tischlerinnungsverbandes, empfiehlt den Tischlermeistern, bei Lohnrechnungen entsprechende Verteuerungszuschläge zu fordern. Die Preise für Bau- und Tischlerarbeiten seien heute so, daß dabei nicht einmal die zur Erhaltung des Betriebes erforderliche Wertminderungsquote, Verzinsung, Amortisation und Verwaltungskosten ihre Deckung finden, geschweige denn für Risiko und Reserve etwas übrig bleibt. Und da den Unternehmern die Lohn erhöhungen aufgezwungen würden, wären sie berechtigt, Verteuerungszuschläge zu fordern, und die Auftraggeber zur Zahlung moralisch verpflichtet. Das „Tischlergewerbe“ vertritt hier die längst als falsch nachgewiesene Ansicht, daß Lohn erhöhungen ohne weiteres Preiserhöhungen bedingen.

Was uns an der Veröffentlichung besonders interessiert, ist die Rechenkunst der Redaktion des „Tischlergewerbe“. Um den Tischlermeistern die Berechnung des Verteuerungszuschlages zu erleichtern, werden Beispiele über die Höhe des Material- und Arbeitswertes bei einfachen Bau- und Tischlerarbeiten angeführt. Danach schwankt bei Zimmerarbeiten aus Tannenholz der Materialwert zwischen 40 und 53 Prozent, der Arbeitswert zwischen 47 und 54 Prozent. Wenn der Lohn um 10 Prozent erhöht werde, erhöhe sich der Herstellungspreis um 10 Prozent des Arbeitswertes und damit der Verkaufspreis um 4,7 bis 5,4 Prozent. Scheinbar eine ganz einfache und glatte Rechnung. Aber sie hat den einen Fehler, daß sie von einer ganz falschen Grundlage ausgeht.

Aus den Ausführungen geht hervor, daß Arbeitswert gleich Lohnanteil am Verkaufspreis der Zimmerarbeiten ist. Der Lohnanteil beträgt danach 47 bis 54 Prozent, (bei anderen Arbeiten sogar bis zu 63 Prozent). Das sind reine Phantaziezahlen! Das „Tischlergewerbe“ kennt die Höhe des Lohnanteils natürlich ganz genau, hat es doch wiederholt Kalkulationsbeispiele für Bau- und Tischlerarbeiten veröffentlicht. Nach diesen Kalkulationsbeispielen beträgt der Lohnanteil bei einer Zimmerarbeit 19,4 Prozent und in einem anderen Falle 15,3 Prozent. Uns sind Tischenfabriken bekannt, wo der Lohnanteil noch niedriger ist, verschiedentlich aber auch höher, je nach der Qualität der Arbeit. Aber die vom „Tischlergewerbe“ jetzt angegebenen Sätze sind um das Drei- und Vierfache zu hoch. Warum, ist klar, es soll ein möglichst hoher Verteuerungszuschlag herauskommen. Wird der Lohnanteil in der richtigen Höhe in die Rechnung eingesetzt, verteuert eine 10prozentige Lohnhöhung den Zimmerpreis nur um einige Groschen. Da sich Verteuerungszuschläge in solcher Höhe nicht lohnen, rechnet das „Tischlergewerbe“ einfach mit Phantaziezahlen.

Die Tagung des Arbeitgeberverbandes.

Über die Tagung, die der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes am 1. und 2. Juni in Mainz abhielt, hat die „Holzindustrie“ einen langen, aber nichtssagenden Bericht veröffentlicht. Außer dem Bericht des Geschäftsführers wurde ein Vertrag des Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Lemmers, über die Lehren entgegengenommen, welche die Unternehmerschaft aus der Entwicklung der Lohnbewegung der letzten Jahre zu ziehen hat. Ein Vortrag des Oberingenieurs Eisner behandelte die moderne Technik der Holzbearbeitungsmaschine unter besonderer Berücksichtigung des Unfallschutzes.

Der Geschäftsbericht, den Herr v. Zastrow gegeben hat, ist inzwischen in ausführlicher Wiedergabe veröffentlicht worden. Die Klagen über die unzureichende Verdienstmöglichkeit der Unternehmer trotz guten Geschäftslages braucht man nicht ernst zu nehmen, sie gehören zum Mundwerk. Eines besonderen Scharfsinnes bedurfte es nicht, um Anzeichen dafür zu entdecken, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband mit allen Mitteln versuchen wird, die Bestimmungen aus dem Mantelvertrag zu entfernen, die den Unternehmer berechtigt, bis zu drei Überstunden in der Woche anzuordnen. Die Tarifverträge für Ostpreußen, Sachsen-Anhalt und Stettin, die diese Bestimmung nicht mehr enthalten, und ebenso den Berliner Vertrag, der seit 1925 die 46stündige Arbeitszeit festgelegt hat, hält Herr v. Zastrow mit Recht als unerfreuliche Vorzeichen für die künftige Revision des Mantelvertrages.

Bei der Erörterung der Lohnfrage trifft Herr v. Zastrow unter Berufung auf das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich die Feststellung, daß die Nominallöhne im Holzgewerbe von 1924 bis April 1927 für Gelernte um 56,6 Prozent, für Ungelernte um 82,0 Prozent gestiegen seien, während im gleichen Zeitraum die Lebenshaltungskosten nur um 16,2 Prozent gestiegen sind. Mit der Wahl des Januar 1924 als Ausgangspunkt für solche Vergleiche hält Herr v. Zastrow nur den Schein. Es hat andere Unternehmerindizi gegeben haben. Während der Jahre, von denen wir wissen, waren die Reallohne der deutschen Arbeiter so ziemlich auf das Niveau der chinesischen Reallohn herabgedrückt, und bei der Umstellung der Papiermark in Westmark wurde dieses

Niveau nur wenig überschritten. Für das Unternehmertum bezeichnend ist es, daß sie die Hungerlöhne der damaligen Zeit als das Normale betrachten. In der Holzindustrie im besonderen sei die Lohnentwicklung auf einem kritischen Punkt angekommen, klagt Herr v. Zastrow, und er ruft nach Kräften, „die diesem unwirtschaftlichen Lohnstreben Einhalt gebieten“.

Bei der Erörterung der sozialpolitischen Gesetzgebung beschäftigte sich Herr v. Zastrow zunächst mit dem Arbeitsgerichts-gesetz und im Zusammenhang damit mit der Frage,

und 1925 zahlte es seinen Altgläubigern 15 Prozent und in den beiden letzten Jahren 17 Prozent Dividende. Auch die Direktoren haben ein sehr hohes Gehalt. Die Arbeiter dagegen werden mit außerordentlich niedrigen Löhnen abgefunden. Für Plaharbeiter beträgt der Stundenlohn 40 bis 50 Pf. und für Gatterschneider 56 Pf.

Auch mit den Tischlermeistern, die das Unternehmen ursprünglich ins Leben gerufen haben, springt die Direktoren um wie mit Rekruten, denn an der Spitze steht ein Major a. D. Wehe, dem Tischlermeister, der seine Holz-, Holzbearbeitungs- oder Stromrechnung nicht pünktlich bezahlen kann, ihm wird einfach der elektrische Strom gesperrt. Auch sonst ist noch manches faul in dieser Aktiengesellschaft.

Kapitalerhöhung bei Hupfeld-Zimmermann.

Die Leipziger Pianoforte- und Phonografenfabriken Hupfeld-Zimmermann A.-G. erhöht ihr Kapital um 1.980.000 Mk. auf 6.480.000 Mk. Aus dem Börsenprospekt geht hervor, daß das Unternehmen Fabrikanlagen in Ellenburg, Seiffenhensdorf, Dresden, Dresden-Cotta, Leipzig-Böhlitz-Chrenberg, Johannegeorgenstadt und in Gotha hat, das Werk in Gotha ist zurzeit stillgelegt. Außerdem besitzt die Gesellschaft ein modern eingerichtetes Dampfagewerk in Landau a. d. Jhar; zurzeit sind hier zwei Vollgatter im Betrieb. Verlaufsunternehmungen unterhält die Gesellschaft in Berlin, Düsseldorf, Dresden, Haag, Amsterdam und Buenos Aires. Finanziell maßgebend beteiligt ist Hupfeld-Zimmermann an der Richard-Vange A.-G. in Berlin (Metallteile für Klavierfabrikation) und an der Felix-Schüller A.-G. in Dresden-Cotta (Fabrik für Notenrollen).

Die Hupfeld-Zimmermann A.-G. beschäftigt gegenwärtig 2013 Arbeiter und 190 Angestellte; vor einem Jahr betrug die Beschäftigtenzahl über 3000. Aber die Geschäftsaussichten schreibt der Vorstand, daß die nächste Zeit eine gute Beschäftigung der Betriebe verspreche. Den Aktionären wird wieder eine Dividende von 10 Prozent in Aussicht gestellt.

Zum Kampf um die Holzölle.

Wie die Zeitungen melden, sind die mehrfach unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich jetzt wiederaufgenommen worden. In diesen Verhandlungen spielen die Holzölle eine große Rolle. Österreich fordert eine „enbliche Regelung der deutschen Holzölle durch Änderung der jetzigen Spannung zwischen den Rundholz- und Schnittholzölle“. Auch Polen und die Tschechoslowakei fordern eine Ermäßigung der deutschen Schnittholzölle. Wie weit die Handelsvertragsverhandlungen mit diesen beiden Staaten gediehen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch hier bilden die Holzölle einen wichtigen Streitpunkt. Hoffentlich gelingt es, bald zu einer Verständigung zu kommen. Wir sind, wie hier wiederholt dargelegt worden ist, für die Befestigung der deutschen Holzölle. Natürlich müssen uns die genannten Länder auch entgegenkommen durch Aushebung ihrer Rundholzausfuhrölle und Ermäßigung der Einfuhrölle für die Erzeugnisse der Holzindustrie.

Wleistifte aus Petrolfoks.

Unter dieser Überschrift läßt sich die „Berliner Börsenzeitung“ unter anderem schreiben: „Auch in wissenschaftlichen Landbüchern kann man immer noch lesen, daß sich die deutsche Wleistiftindustrie mit Graphit hinreichend aus den Gruben des bayerischen Waldes versorgen könne. Das gehört aber längst der Vergangenheit an. Der natürliche Graphit enthält bis zu 40 Prozent fremde und unerwünschte Bestandteile, so daß die Erzeugnisse der Gruben nördlich von Passau nur zu Tregerin und als Schmiermaterial verarbeitet werden. Hochwertiger Graphit, wie der aus Mexiko und Ceylon, ist aber entsprechend teuer. Und so hat denn eins der führenden Werke der deutschen Wleistiftindustrie, die Fabrik von Johann Faber in Nürnberg, gemeinsam mit einer chemischen Fabrik die Erzeugung von Elektrographit aufgenommen. Er wird aber nicht mehr, wie es anfangs der amerikanische Erfinder tat, aus Anthrazit, sondern aus Petrolfoks (dem Rückstand der Petroleumraffinerie) und aus Sand gewonnen. Der künstliche Graphit baut sich also über Siliziumdioxid und Karborundum im elektrischen Verfahren genau so auf wie der Naturgraphit. Ebenso gut kann aber auch irgendein anderes Kohlenprodukt als Grundstoff dienen. Der Vorteil des Elektrographits ist seine bis zu 95 Prozent gehende Reinheit.“

Am Schluß des Artikels wird auf das Wachsen der ausländischen Konkurrenz verwiesen. In Amerika, das früher von Deutschland mit Wleistiften versorgt wurde, gibt es heute 30 Wleistiftfabriken. Nach Rußland gingen früher etwa 25 Prozent der deutschen Produktion. Heute besteht hier ein Einfuhrverbot für Wleistifte. Die Russen haben sich mehrere Wleistiftfabriken gebaut, die zum Teil bereits im Betrieb sind. Auch noch verschiedene andere Länder versuchen sich von der deutschen Wleistiftindustrie unabhängig zu machen. Trag allem führt die deutsche Wleistiftindustrie heute noch ebenfalls Wleistifte aus wie in der Vorkriegszeit.

Ferien!



Auf Wiedersehen, Frau Schulze, und gute Erholung! Wie können leider nicht in die Ferien, denn mein Mann ist ja nicht im Verband!

ob der zum Mantelvertrag gehörige Schiedsvertrag abzuändern sei. Das ist ein Gegenstand, über den noch zu reden sein wird. Die hier in Betracht kommenden Fragen sind keine grundsätzlichen Streitpunkte zwischen den Parteien. Was der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes über die Arbeitslosenversicherung zu sagen hatte, die in ihrer Auswirkung zu einer „Förderung der Arbeitsfurch“ führen, und die Klage über die sozialen Lasten ist der übliche Unternehmertat. Bezeichnend ist die Klage, daß sich der Arbeitgeberverband gegen die Einbeziehung der Berufskrankheiten des Holzgewerbes in die Unfallversicherung zu wehren hatte, und die Befriedigung darüber, daß es gelungen sei, die dahin zielenden Bestrebungen abzuwehren. Diese Freude ist übrigens verfrüht, denn die Sache ist noch in der Schwebe.

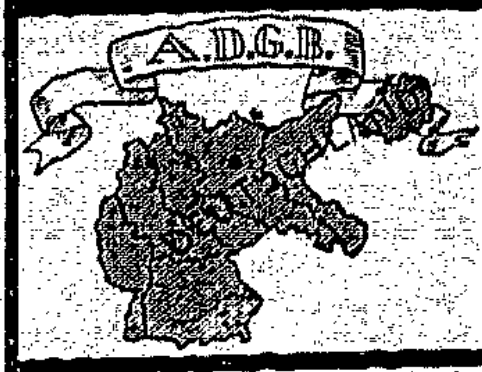
Zwischen dem Arbeitgeberverband und den Schreinermeisterverbänden besonders in Süddeutschland bestehen gewisse Gegensätze, deren Überbrückung bisher nicht gelungen ist. Es haben neuerdings wieder Verhandlungen stattgefunden, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Man hofft das Beste, denn es sei eine Lebensnotwendigkeit, der Einheitsfront der Arbeitnehmer etwas Einheitliches auf Arbeitgeberseite entgegenzustellen. Warten wir ab. Bis jetzt hat der Arbeitgeberverband noch nicht bewiesen, daß er die Fähigkeit besitzt, den auseinanderstrebenden Kräften im Unternehmertum wirksam zu begegnen. Der Verband umfaßt 21 Landesverbände, die im Laufe des Berichtsjahres einen nicht unerheblichen Zuwachs an Mitgliedsfirmen zu verzeichnen haben sollen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter sei infolge des besseren Geschäftsganges um etwa 20 Prozent gestiegen.

Aber Beschlüsse, die auf der Tagung gefaßt wurden, wird nichts mitgeteilt. Voraussetzlich werden aber auf der im Herbst stattfindenden Generalversammlung die Satzungen des Verbandes geändert werden.

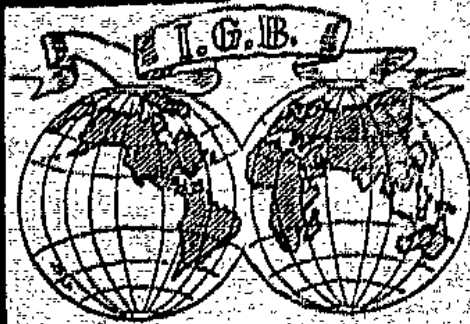
Festberger Holzindustrie-A.G. zahlt 17 Prozent Dividende.

Die Festberger Holzindustrie A.G. wurde 1923 gegründet, und zwar durch Umwandlung des Festberger Holzindustrievereins G.m.b.H., eines Genossenschaftsunternehmens der Innungs-Tischlermeister, in eine Aktiengesellschaft. Zweck des Unternehmens ist: Ein- und Verkauf von Rund- und Schnittholz, Bearbeitung von Holz, insbesondere für die Festberger Tischlereien, sowie sonstige Maßnahmen zur Unterhaltung des Tischlergewerbes, ferner Erzeugung und Vertrieb von elektrischer Kraft. An Betrieben sind vorhanden: Sägewerk, Holzbearbeitungsfabrik, Holzhandlung, Holzrodenanlage und Elektrizitätswerk.

Das Unternehmen arbeitet mit einem Aktienkapital von 73.776 Mk. und wirft alljährlich große Gewinne ab. 1924



Gewerkschaftsbewegung



Einberufung des Gewerkschaftskongresses.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft den 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der zugleich der dritte Bundestag des A.D.G.B. ist, auf den 3. September in das Gewerkschaftshaus in Hamburg. Der Kongress wird voraussichtlich bis zum 8. September tagen. Als vorläufige Tagesordnung schlägt der Bundesvorstand vor: 1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen, 2. Bericht des Bundesvorstandes, 3. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, 4. Die Lösungsaufgaben der Gewerkschaften, 5. Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung, 6. Anträge zu den Bundessatzungen, 7. Wahl des Bundesvorstandes, 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Über die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress heißt es in der Einladung, daß sie sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes regelt. Die §§ 32 und 33 belegen darüber folgendes: Alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmbare Vertreter zu dem Gewerkschaftskongress zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als drei Monatsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstand sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem Kongress oder das Stimmrecht auf demselben verweigert werden. Auf je 15 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 15 000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongress können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seiner Bezirks- und Ortsvereine gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongress, also bis zum 7. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Sagung des Bundesauschusses.

Die 12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde am 4. Juni vom Bundesvorsitzenden Leipart eröffnet. Seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes leitete er mit einer Betrachtung über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage ein, die in der Feststellung gipfelte: „Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß harter Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.“

Aus den weiteren Mitteilungen des Bundesvorsitzenden ist zu erwähnen, daß in Aussicht genommen sei, am 29. Juni eine Tagung des Bundesauschusses in Köln zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit die Presse zu beschäftigen. — Der Bundesvorstand beabsichtigt, demnächst eine Konferenz der Gewerkschaften naheliegender Gewerbeaufsichtsbeamten einzuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Baukontrolleure abgehalten worden sind. — Die Grundsteinlegung für die bei Bernau zu errichtende Bundeszentrale soll feierlich gehalten werden; an der feierlichen Veranstaltung wird die Gewerkschaftsjugend mitwirken. — An Stelle des zurückgetretenen Bezirkssekretärs Leuschner in Frankfurt a. M. wurde der bisherige Bezirksleiter des Hünnerer-Bereiches, Gröner, gewählt. An die neu eingerichtete Stelle als beiderseitiger Bezirkssekretär für Ostpreußen wurde Kollege Qualko berufen, der bisher Angehöriger des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes war.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich alsdann mit der Tagesordnung für den bevorstehenden Gewerkschaftskongress und stimmte den Vorschlägen des Bundesvorstandes zu.

Eine größere Debatte löste die Frage der Prozessvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten aus, worüber der Sekretär des Bundesvorstandes, Schulze, referierte. Mit Zustimmung der Gewerkschaften sind die Bezirke der Arbeitsgerichte verhältnismäßig groß gesetzt worden. Die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden Arbeiter haben daher häufig nicht die Möglichkeit, ihre Interessen vor Gericht selbst wahrzunehmen. Deshalb ist in Aussicht genommen, an den Hauptorten der Arbeitsgerichte geeignete Prozessvertreter einzusetzen. Den keinen örtlichen Arbeitersekretariaten kann diese Aufgabe nicht übertragen werden, da dazu ihre Mittel nicht ausreichen. Wenn jeder Bezirk die Verantwortung über einen Arbeiter durch eigene Funktionäre übernimmt, dann ergibt sich ein rationelles Arbeiten, weil dann diese die Vertreter verschiedener Verbände zum gleichen Geschäftsort ziehen und dort Funktionen ausüben müssen, die ein Vertreter allein erledigen konnte. Der Bundesvorstand will daher besondere Prozessvertreter für größere Bezirke

schaffen. Dabei könnte die Vertretung in den verhältnismäßig seltenen Fällen, in denen es sich um grundsätzliche Streitigkeiten über die Auslegung von Tarifverträgen handelt, von Beauftragten der interessierten Verbände wahrgenommen werden. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Unternehmerorganisationen ihre Vertretung bei den Arbeitsgerichten bereits strenger organisiert hätten als die Gewerkschaften. Vermieden soll auch werden, daß die Gewerkschaftsangeestellten, die Arbeitsrichter sind, zeitweilig auch als Parteivertreter vor dem Arbeitsgericht auftreten. Die hauptamtlich anzustellenden Prozessvertreter könnten auch die Erwerbslosen vor den Spruchinstanzen aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vertreten.

Diese Vorschläge des Bundesvorstandes fanden nicht allgemeine Zustimmung. Im Zusammenhang damit wurde auch die Frage der Erhöhung der Bundesbeiträge diskutiert, die vom Bundessekretär Kahe begründet worden war. Gegen die Zentralisation der Prozessvertretung wurde u. a. eingewandt, daß viele Verbände Wert darauf legen, daß sich ihre Angestellten an allen Stellen öffentlichen Lebens zeigen und bewähren. Andere Redner begrüßten den Gedanken der Vereinheitlichung der Prozessvertretung im Interesse der Verbände wie einer in unserem Sinn gelegenen Pflege des modernen Arbeitsrechts.

Zur Frage der Bundesbeiträge wurde angeregt, die Lehrlinge im Bunde beitragsfrei zu lassen und dadurch die Erhöhung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen. Ferner solle der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Beiträge der Ortsgruppen zu den Gewerkschaftshäusern nicht übermäßig gesteigert werden. Es wurde angeregt, daß die Finanzierung der Bezirkssekretariate des A.D.G.B. in vollem Umfang vom Bunde aus erfolgen möge. Zurzeit wird rund eine Hälfte der Ausgaben der Bezirksauschüsse aus der Bundeskasse, die andere Hälfte aus Beiträgen der Ortsauschüsse bestritten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge wurde allgemein anerkannt, nur über das Ausmaß der Erhöhung gingen die Ansichten auseinander. Entscheidungen würden nicht getroffen. Die Beschlussfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Haushalt des A.D.G.B. wie über die Frage der Vereinheitlichung der Prozessvertretung wurde bis zur nächsten Bundesauschusssitzung vertagt. Beide Fragen werden inzwischen von den Verbandsvorständen beraten.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat in den letzten Tagen in sehr unliebsamer Weise von sich reden gemacht. Die Bekanntgabe, daß der Gründer und leitherrige Leiter der Bank, Bern Meyer, seinen Posten verlassen habe, war der Ausgangspunkt einer sehr unerfreulichen Preßerörterung.

Über die Gründe, die zu dem Ausscheiden des Direktors Bern Meyer aus der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten führten, wurden in der Presse Andeutungen gemacht, nach denen dieses Ausscheiden nicht freiwillig erfolgt sei, sondern als Wirkung eines Druckes. Im Zusammenhang damit wurde der Name des Bundesvorsitzenden Leipart genannt. Aus dem Umstand, daß der Direktor Meyer ausscheidet und Direktor Bachem bleibt, wurden Schlüsse gezogen auf eine beabsichtigte Änderung der Geschäftspolitik der Bank. Zur Widerlegung dieser Gerüchte wurde eine vom Vorstand des A.D.G.B. ausgehende Notiz veröffentlicht, in der es heißt:

„Der Direktor Bern Meyer ist aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden. Er war seit 1923 zunächst alleiniger Leiter der Arbeiterbank und ihrer Vorgängerin, der Deutschen Kapitalwertungs-Gesellschaft m. b. H., bis Anfang 1925 neben ihm noch Direktor Dr. Bachem in den Vorstand berufen wurde. Letzterer wird nunmehr, bis für Bern Meyer ein neues Vorstandsmitglied bestellt ist, die Bank allein leiten. Der Austritt von Bern Meyer ist mit Zustimmung des Aufsichtsrates erfolgt. In der Öffentlichkeit sind daran Vermutungen geknüpft worden, als ob interne Streitigkeiten über die Geschäfte der Bank und ihre zukünftige Tätigkeit bestanden hätten. Diese Vermutungen treffen durchaus nicht zu. Die Bank wird ihre bisherige Geschäftspraxis unverändert fortsetzen. Sie braucht um so weniger davon abzugehen, als ihre erfreuliche Aufwärtsentwicklung und auch ihr gegenwärtiger günstiger Stand dazu keinerlei Anlaß bieten.“

Leider war mit dieser Kundgebung die Angelegenheit nicht erledigt. Am 13. Juni erschienen in Berliner Tageszeitungen Mitteilungen, wonach der erste Prokurist der Arbeiterbank, Dr. Schönherr, nach einer vorherigen polizeilichen Durchsuchung der Bank, verhaftet worden sei. Andere Meldungen wußten von Unterschlagungen bei der Arbeiterbank zu berichten. Die Zeitung der Bank veröffentlichte hierzu die folgende Mitteilung, die in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 13. Juni abgedruckt ist:

„Die Geschäftsleitung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. hat sich gezwungen gesehen, die Hilfe der Polizei zur Ermittlung eines großen Vertrauensbruches in

Anspruch zu nehmen. Seit einiger Zeit war von der Geschäftsleitung bemerkt worden, daß unberufene Einsicht in die Geheimkorrespondenz, die unter besonderem Verschluß aufbewahrt wurde, genommen ist. Die Ermittlungen der Polizei führten zur Feststellung des Täters, der daraufhin entlassen wurde. Unterschlagungen oder Veruntreuungen werden ihm nicht zur Last gelegt. Zu einer Verhaftung lag keine Veranlassung vor, da eine materielle Schädigung der Bank nicht eingetreten war.“

Wenn man auch aus dem Niederschlag, den diese Vorgänge in der Presse gefunden haben, noch keinen zuverlässigen Einblick in die Dinge erlangt, so steht doch so viel fest, daß es sich um recht unerfreuliches handelt. Der Ausgangspunkt ist die Entlassung des Direktors Bern Meyer. Wir maßen uns kein Urteil über seine Qualitäten an, aber es will uns doch schwer einleuchten, daß die Zweifel an seiner Eignung sachlich begründet waren. Ist es doch Bern Meyer gewesen, der unter den schwierigsten Verhältnissen aus dem Nichts ein angesehenes Bankunternehmen geschaffen hat. Wir kennen die wahren Hintergründe nicht, sind aber der Meinung, daß die verantwortlichen Stellen es hätten vermeiden müssen, die Arbeiterbank in den Mittelpunkt eines öffentlichen Skandals zu stellen.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 15. Juni finden wir die folgende Kundgebung:

Gegenüber den zahlreichen irreführenden Darstellungen über den Direktionswechsel in der Arbeiterbank erklären der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Theodor Leipart, und Direktor Bern Meyer gemeinsam:

Direktor Bern Meyer ist auf Grund eines freundschaftlichen Abereinkommens aus der Bank ausgeschieden. Der Aufsichtsrat hat sich nur für diesen Schritt entschlossen und bedauert es sehr, auf die weitere Mitarbeit Meyers, dessen große Verdienste um die Arbeiterbank von seiner Seite bestritten werden, verzichten zu müssen.

Weder politische Meinungsverschiedenheiten noch Differenzen über die Grundsätze, nach denen die Arbeiterbank wirken soll, sind die Ursache für das Ausscheiden des Direktors Meyers. Die in den Statuten der Bank und in den Richtlinien des Aufsichtsrates und seines Finanzausschusses festgelegten Grundsätze haben in der Frage des Direktionswechsels nie zur Diskussion gestanden und werden selbstverständlich auch durch den erfolgten Rücktritt Meyers in keiner Weise berührt.

Schließlich über einige praktische Fragen der Geschäftspolitik der Arbeiterbank haben zwischen den beiden leitenden Direktoren, Bern Meyer und Geheimrat Bachem, Meinungsverschiedenheiten bestanden. Bedauerlicherweise haben diese Meinungsverschiedenheiten zu persönlichen Zerwürfnissen geführt, die es im Interesse der Bank erforderlich erscheinen ließen, daß einer der beiden Direktoren ausschied.

gez. Theodor Leipart. gez. Bern Meyer.
Es wäre zu wünschen, daß diese gemeinsame Erklärung dazu beiträgt, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen.

Das Jubiläum eines Gewerkschaftslambes.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband will die Erinnerung an den großen Arbeitskampf in Crimmitschau, der vor 25 Jahren geführt wurde, durch eine eigenartige Erinnerungsfeier wachrufen. Am 19. August veranstaltet er in Leipzig eine großangelegte „Gedenkfeier an Crimmitschau Heidentampf“. Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes ruft alle Ortsverwaltungen und Geschäftsleitungen auf, Delegationen zu dieser Feier zu entsenden.

Die Erinnerung an diesen Lohnkampf hat ihre volle Berechtigung. Es hat seither umfangreichere Kämpfe gegeben, aber für die damalige Zeit hatte er ganz außerordentliche Bedeutung. Die Textilarbeiter in Crimmitschau forderten die zehnständige Arbeitszeit. Die Fabrikanten lehnten die Forderung ab, und als die Arbeiter in einigen Fabriken kündigten, wurden sämtliche Textilarbeiter, etwa 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen, ausgesperrt. Der Kampf dauerte 21 Wochen, und er erreichte die gesamte Öffentlichkeit auf das höchste. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland erklärte sich mit den Crimmitschauer Textilarbeitern solidarisch, überall wurde für ihre Unterstützung gesammelt. Trotzdem konnte der Sieg nicht errungen werden. Im Januar 1904 wurde der Streik abgebrochen. Aber er war nicht vergeblich geführt. Er wurde zum Ausgangspunkt einer Bewegung, die sich siegreich durchgesetzt hat.

Ebenso geschlossen wie die Arbeiterschaft hinter den ausgesperrten Textilarbeitern, stand das Unternehmertum hinter den Fabrikanten. Der Kampf der Crimmitschauer Weber zeigte mit besonderer Deutlichkeit, wie der Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Wirtschaftslage ein Klassenkampf ist. Der Crimmitschauer Kampf ist übrigens auch zum Ausgangspunkt der Bewegung geworden, die zur Errichtung der Arbeitgeberverbände führte, die jetzt in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände organisatorisch zusammengeschlossen sind.



Unterhaltung und Wissen



Die Amsel in der Fabrik.

Frühmorgen.

Durchs große Tor der mächtigen Fabrik
Gehn schweren Schritts die Höligen
Der Arbeit, die Brot und Miete lohnt nicht mehr,
Und nimmer für das Alter Ruh' gestattet.
Not und Maschine zwingen in die Fron
Bis an des Sarges Rand.

Leichtfüßig, lichernd noch voll Hoffnungen,
Durchschreiten lächelnd junge Mädchen jene Grenze,
Die Freiheit in den Zwang verwandelt.
Kontrolluhr tickt und registriert
Die Frühen und die Späten.

Hoch oben auf dem Schornstein der Fabrik
Sitzt Eck und zierlich eine Amsel.
Ein schwarzes Pünktchen nur am morgendlichen Himmel.
Sie singt und jubiliert,
Als ob die Arbeiter sie grüßen wollte.

Ihr Trillern dringt herab zum Heer der Arbeit.
In matte Augen tritt ein heller Schein.
Ein frohes Leuchten in verschlafene Züge
Und alt und jung blickt in die Höhe,
Dorthin, wo ferner kleine, schwarze Punkte
Hoch oben an des Schlotens Rand
Den Tag begrüßt.

Strenge schreilt

Und überläßt der Amsel Sang.
Die schwarzen Wolken, die das Kesselfeuer
Auspeilt, verschleuchten das Idyll.
Der Punkt am Horizont entfliegt.
Die schwarzen Wolken finstern schnell
Den blanken Sommerhimmel.
Fabriktor schließt sich.
Maschinen rattern in die Stille dieses Morgens.
Treibriemen surren, Menschenhände hasten hin.
Doch liegt ein Leuchten noch in allen Mienen.
Sie danken immer noch dem kleinen Tier,
Das ihnen diesen frohen Gruß geschenkt
So früh am Morgen.

„Wer nur so frei sein könnte wie die Amsel!“

Und harte Fäuste ballen sich zum Schlage,
Weil Not und Sorge um das täglich Brot
Sie Tag für Tag in Fron geschmiedet.

Mag. Ed. Troll

Der Tod im Llano.

Skizze von Hanns Walther Kappler.

„O Massal Massal Massal!“ tönte überlaut die Stimme
meines treuen schwarzen Reisebegleiters Bob über das stille
Lager.

Von dem Geheul erweckt, rieb ich mir die Augen, richtete
mich auf und blinzelte durch die offene Zeltwand in den er-
bleichenden Sternhimmel hinauf. Was war geschehen?
Es war doch längst noch nicht Sonnenaufgang und damit
Zeit zum Aufbruch!

Das Schreckensgebrüll meines getreuen Bob ging all-
mählich in ein wehmütiges Wimmern über. Ich schlüpfte
rasch in meine Jacke und trat aus dem Zelt.

Da bot sich meinen Blicken ein seltsames Bild. Dort, wo
unweit der Pflöde die Wasserfäde lagen, stand eine Gruppe
erregt gestikulierender Menschen zusammen, während meine
Führer, die vier Apatschen, ihre stoischsten Mienen aufgesetzt
hatten. Da war ich drüben —. Ehermann, der allzeit ängst-
liche Geologe, stürzte auf mich zu und drohte mir vor Er-
regung innerhalb zweier Sekunden sämtliche Jackentöpfe ab.
Dabei stierte er mir mit hervorquellenden Augen in das Ge-
sicht und leuchtete: „Wasser — die Wasserfäde —
ohh —“ Ich schob ihn beiseite. Da lag mein guter Bob
an der Erde und hielt mehrere der leeren Wasserfäde an seine



Brust gepreßt. Als er mich bemerkte, wandte er sein tränen-
überströmtes Antlitz mir zu und jammerte von neuem, oft
von Schluchzen unterbrochen: „O Massal Massal! All Wasser
fort — weg — ganz weg — ohh Massal! O Massal!
Groß Not über ganz Karawan! Ohh —“ In diesem
Moment hatte ich eine Vision. Ich sah eine Karawane durch
den Sand des Llano ziehen — erschöpfte Menschen, ver-
durstende Tiere —, und die Geier kreiften über dem Zug
der Halbtröten, beutegierig —. Einer nach dem andern sank
um und —. Ich strich mir über die Stirn. Dann kniff
ich mir in den Arm — es blieb Wirklichkeit: Unsere sechzehn
ledernen Wasserfäde und Schläuche lagen leer vor meinen
Füßen. Das war unser aller Edel! Der Llano estacado
forderte unerbittlich seine Opfer! — Doch keine Hoffnung
aufgeben! Nichts unversucht lassen, was jetzt unsere Lösung.

„Wer hat die Wasserfäde geleert?“ fragte ich.

Bob zeigte mit stummer Geste auf mehrere schwarze
Punkte, die im Sande lagen.

„Ahh — Wüstenmäuse — hm, echte Wüstenmäuse —“
konstatierte Professor Bewerley und wendete mit seinem
langen Zeigefinger die Kadaver um. Da wußte ich alles. Die
Wüstenmäuse hatten die lederen Säcke zernagt. Bob war
sicher durch Geräusche erweckt, da er neben den Schläuchen
sein Lager hatte, und erschlug in grimmer Wut alle für ihn
erreichbaren Mägen. Er kam indes zu spät. Kein einziger
Wasserfäde war mehr ganz. „Wir brechen sofort auf. Wir
müssen versuchen, die am Westrande des Llano liegende
Corry-Farm zu erreichen!“ Die Apatschen zuckten nur mit
den Schultern, dann schritten sie zu ihren Tieren und be-
reiteten alles zum Ausbruche vor. „Auf ein Wort, Mister
German!“ Quellis, der Botaniker, hielt mich am Armel zu-
rück. „Weiden wir noch die Farm gesund erreichen?“ „Es
ist die einzige Rettung. Möglich, daß unsere Tiere ermaten,
und wir müssen alle verdursten —.“ „Oh, Malheur de
caque! Was soll da aus meinen Amphibien werden?“
jammerte der Franzose. „Ich kann doch unmöglich die Glas-
lasten selbst transportieren!“

„Keine Sorge, Monsieur! Ihren Spiritus werden wir
uns zu Gemüte ziehen müssen.“ Ich beachtete sein Wohlgefallen
nicht mehr, sondern widmete meine Aufmerksamkeit der Kara-
wane. Bald war alles bereit, und der Zug setzte sich, voran
die Apatschen als Führer, in Bewegung — — —

Zwei Tage sind vergangen; meine Vision war zur Wirk-
lichkeit geworden. Unsere Viehtiere hatten wir schlachten
müssen, und vor einigen Stunden das letzte Vastier. Nicht
des Fleisches wegen taten wir dies, nein, nur um das wenige,
schon dickflüssige Blut der Tiere trinken zu können. Jetzt
lagen wir im Kreise unserer Palette, ermattet, dem Tode nahe.
Unbarmherzig brannte die Mittagssonne auf uns herab,
keiner hatte die Kraft mehr, ein Zelt zu errichten. Trocken-
hing uns die Zunge am Gaumen, das Schlingen war zur
Unmöglichkeit geworden. Der Spiritus des Botanikers war
längst zu Ende, die erbeuteten Amphibien lagen in den leeren
Glasflaschen. Keiner sprach ein Wort, keiner rührte sich.
Mein Hirn arbeitete, trotzdem mich der Kopf unerträglich
schmerzte. Ich erwog alles mögliche zu unserer Rettung, und
dieses Mögliche bestand — in nichts! Es gab einfach keine
Rettung für uns! — — —

Stunden verirrten. Still lag die Einöde, nur durch ein
Stöhnen der verdurstenden Menschen unterbrochen. — Ich öffnete
meine schmerzenden Augen und sah auf die Uhr —. Sie
würde weiterlaufen, wenn Menschenherzen aufgehört hatten,
zu schlagen — — —

Da fiel mein Blick auf die etwa hundert Meter von uns
entfernte Kaktushede. Dort wucherten genügsame Mesquite-
sträucher, jetzt vertrocknet, und Kaktus — — —

Von dem Regen, der zwei-, dreimal im Jahre hier her-
niederdingt, lebten diese Pflanzen, und wenn jetzt ein solcher
Regen käme, jetzt ein Gewitter — — —!

Ich starrte zum wolkenlosen Himmel hinauf — er hatte
kein Einsehen mit uns! — Plötzlich durchzuckte ein Gedanke
mein Hirn —. Ein Einfall war es, ein toller Einfall! Aber
was tut man nicht alles, wenn man zwischen Leben und Tod
zu entscheiden hat! — Ich griff nach meinen Streichhölzern
und schleippte mich mühsam von unserem Lagerplatze fort, der
Kaktushede zu. Auf allen Vieren kroch ich vorwärts — kein
Schweiß brach aus meinen Poren, der Körper war schon zu
sehr ausgetrocknet —. Endlich war ich am Ziel. Ich richtete
mich schwanke auf und — — — ach, hätte ich jetzt nur einen
Laut ausstoßen können, nur einen befreienden Schrei! Da
lag vor mir im Sonnenstimmern ein unübersehliches Feld
völlig ausgetrockneter Kakteen! — Mein Leib gab keine letzte
Kraft her. Mit zitternden Händen riß ich einige dünne
Mesquitezweige ab, formte sie zu einem Bündel und zündete
es an. Dann hielt ich das Feuer an die dürren Kakteen, eilte
so schnell ich vermochte, an dem Feld entlang und entzündete
es dabei noch an mehreren Stellen, bis meine Kräfte end-
gültig zu Ende waren. Da schob ich mich auf dem Bauche
nach unserem Lager zurück —. Hinter mir aber erhob sich
ein Donnern und Tosen, als seien Tausende von Kanonen
und Maschinengewehren in Tätigkeit. Knallend explodierten
die Kakteen, meterhoch flammte das Feuer auf, das sich in
wenigen Minuten über eine unabsehbare Strecke verbreitet

hatte. Dunkler, dichter Qualm strebte zum Himmel. Meine
Gefährten schrien empör. Sie sahen, wie ich mich zum Pro-
fessor Bewerley schob und mit feberglänzenden Augen nach
dem brennenden Feld deutete.



„Wozu — die — Hie — ver — doppeln —“
kam es erlöhnt aus dem Munde des Geologen. Er hatte
recht. Die Hie wurde immer toller, das Getöse unbeschreib-
lich, unsere Ohren dröhnten — —. Professor Bewerley
hatte meine Geste verstanden, zu sprechen vermochte ich ja
nicht mehr. Er rieb sich die Hände, das alte Schmunzeln
lehrte auf sein Gesicht zurück. Er stand auf und holte einige
Decken hervor. „Auf — stehen —!“ gebot er mit un-
geheurer Anstrengung. „Decken — — Töpfe — — aus-
legen — — —“

Keiner wollte ihn verstehen. Da deutete er zum Himmel
empor. Wer aber beschrieb das Erstaunen der halbver-
dursteten Menschen? Am Himmel bildeten sich dicke Wolken,
zu denen noch immer der Qualm des brennenden Feldes
emporstieg. Da kam allen die Kraft zurück — nur ich lag zu
Tode erschöpft im Sande — — —

Und dann geschah das Wunderbare unserer Rettung:
Donner und Bliz kamen vom Himmel, und dann — regnete es!
Eströme gossen vom Himmel herab, lechzend öffneten sich die
Münder — neue Kraft in den Adern, beilten sich meine
Gefährten, den Regen einzufangen. Er währte nicht lange,
und alle nur erdenklichen Gefäße waren gefüllt. Bob hielt
mir weinend einen Becher an die Lippen, und ich trank und
trank — — —

Wir waren alle gerettet. Eine Tagesreise zu Fuß noch,
dann erreichten wir die Corry-Farm. Die Apatschen aber
betrachteten mich von dem Tage unserer Rettung an mit
abergläubischen Blicken — für meine anderen Gefährten war
der Vorgang hingegen leicht erklärlich.

So schlugen wir den lauernden Tod des Llano in die
Flucht.

Der Laubfrosch als Gifttier.

Eine ganze Anzahl von Amphibien ist von der Natur
mit einem ziemlich wirksamen Schutzmittel gegen die An-
griffe von Feinden ausgerüstet; ihre Haut sondert durch
eigens hierfür bestimmte Drüsen einen Giftstoff ab, der
den Angreifer sowohl äußerlich als auch innerlich sehr
schädigen kann und daher viele Tiere abhält, dergleichen
giftgeschützte Amphibien, wie z. B. Kröten, Feuerkröten
und Salamander, zu fressen. Nun gehört, was nur wenig
bekannt ist, in diesem Sinne auch unser Laubfrosch zu
diesen „giftigen“ Tieren. Auch er sondert ein Hautsekret
ab, das auf andere Tiere schädlich einwirkt. In einem
Fall erzeugte das Hautsekret eines Laubfrosches, als es
einmal zufällig an das Auge eines Menschen gelangte, so-
gar eine tagelang dauernde starke Entzündung. Brehm
führte seinerzeit auch die Erscheinung, daß Laubfrosche,
wenn sie in Gläsern oder Verfaßkräften in größeren Men-
gen verschickt werden, fast immer rasch zugrunde gehen,
auf die gegenseitige Einwirkung der Hautgäfte der Tiere
zurück. Die Wirkung des Hautgastes des Laubfrosches
auf andere Tiere erwiesen fernere Versuche, bei denen man
Mäusen und Fröschen das Gift einspritzte, worauf Still-
stand der Atembewegung, Startheit und „Dilatatorischer
Herzstillstand“ eintraten. Außerlich wirkt es, ebenso wie
auf das Auge des Menschen, auch auf das Tierauge sehr
schädlich ein, wie Versuche mit Kaninchen, Raben und
Hunden ergeben haben. Wenn nun auch der Laubfrosch
wegen dieser Eigenschaften natürlich noch lange kein zu
fürchtendes Gifttier darstellt, soll man doch bei Berüh-
rung eines Laubfrosches etwas vorsichtig sein und vor
allem die Hand, die mit der Haut in Berührung kam, nicht
ans Auge bringen.

63000 Mark für einen Bücherschrank.

Die außerordentliche Schätzung, deren sich das englische
Möbel des 18. Jahrhunderts erfreut, kam kürzlich bei einer
Londoner Versteigerung zum Ausdruck, auf der ein Bücher-
schrank des großen Tischlers Sheraton, der einstmal im
Besitz der Lady Hamilton gewesen war, den Rekordpreis
von 63000 Mark brachte.

Bücher und Zeitschriften

Die nachstehend angelegten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH...

Buchgemeinschaft "Der Bücherkreis". Geschäftsführer: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6. Der "Bücherkreis" entstand aus dem glücklichen Gedanken der direkten Lieferung der Bücherfreunde mit guter Literatur...

Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes in der vom Reichsrat abgeänderten Fassung mit der amtlichen Begründung. 44. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Verlag Neimar Hobbing, Berlin SW 61. Preis 2,20 Mk.

Mit Gustav Wilmanns' Aufsatz "Nimm die Am 25. November" füllig

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1927. Nebst einem Anhang: Die Reichstatistikverträge am 1. Januar 1928. 48. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? Mit einem Anhang über Methoden und Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Von Hermann Wolff. Mit 13 Abbildungen. 2. Auflage. 40 Seiten.

der Frauenkrankheiten kurz erläutert und durch zahlreiche Abbildungen veranschaulicht. Ein Anhang über Mittel und Methoden zur Verhütung der Schwangerschaft schließt das Schriftchen.

Nervenschwäche, die Krankheit unserer Zeit. Ihre Ursachen, Verhütung und Behandlung. Von Dr. med. Karl Hermann. 24 Seiten. Verlag: Volksgesundheitswerk, Dresden-N., Am Schießhaus 17.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. mit den ständigen Beilagen "Soziales Wandern", "Der Leib", der Liebesgaben und den vierteljährlich belagerten Buchbeigaben.

"Das sozialistische Jahrhundert", Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann.

Leuchtiger Polierer für Aufbaum- und Spitzstühle... Leuchtiger Fräser für dauernde selbständ. Bedienung... Leuchtiger Holzfräser für geschnitzte Erkeren... Volksfürsorge Hamburg 5.

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gefüllte Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiß 5 Mk., bessere 6 Mk., 7 Mk., dann weich 8 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschlossene 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk.

Fladow: Wieder vorrätig! Kommentar zum Betriebsrätegesetz einschließlich der neuen Verordnung v. 28. 2. 1928. 12., verbesserte Auflage. Ganzleinen-Einband - Zu beziehen nur durch unsere Verwaltungsstellen zum Preise von 6 Mk.

1777 Zigaretten ein liter Genuss. Zeronth 5 Pf., Thadmor 4 Pf., Arbeitersportler 4 Pf.

Leim- u. Eupnieröien fertig als Spezialität... Engl. Bildhauer-Werkzeuge. Verlangen Sie sofort neue Preise...

Breussische Zentralstadtkasse zu Berlin. Nachdem der bis zum 18. Juni 1928 von uns zur Zeichnung aufgelegte Teilbetrag von 3.000.000 Mk. 8%igen reichsmündelbaren Goldpfandbriefen der Preussischen Zentralstadtkasse...

Radfahrer, Motorradfahrer! Es gibt keinen Schlauchdefekt mehr!!! Unter wunderbares Dichtungsmittel "Perallin"...

Eiserne Schraubzwingen mit Stahlschraube u. Kugeldruckplatte... Schraubknechte 100 120 140 160 cm Spannweite... Tischlerschule Blankenburg am Harz...

Original-... Spezialradshop für 48. Fahrrad, Preis und Sportartikel... Teilzahlung

Musikinstrumente - Sprechmaschinen! Direkter Versand ab Fabrikort. Schallplatten von 1 Mk. an... Sprechmaschinen-Laufwerke z. Sebst. la Doppelschneckenfederwerk...

Erstklassige Fahrräder eigener Erzeugung. Sprechmaschinen und Schallplatten erhalten Sie bei uns! Wir beschäftigen nur organisierte Arbeiter.

Reklamepreis nur 3,90 Mk. Nr. 1 Eine gewisse Herren-Anker-Reiniger-Uhr... Nr. 2 Eine gewisse Herren-Anker-Reiniger-Uhr...